

Die „Volkswacht“
erscheint täglich (Ausnahme am
Sonntag) und ist durch die
Expedition, Neue Braunerstr. 5/6,
durch die Post und
durch Colporteurs zu beziehen.
Preis vierteljährlich **Mk. 3.10**,
pro Woche **25 Pf.**
Postzeitungsliste Nr. 7103.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Mit der illustrierten Beilage die „Neue Welt“.

Insertionsgebühr
beträgt für die fünfspaltige
Zeile oder deren Raum
20 Pfennige, für Vereins- und
Versammlungs-Anzeigen
10 Pfennige.
Inserate für die nächste Nummer
müssen bis Vormittag 9 Uhr in der
Expedition abgegeben werden.

Nr. 27.

Breslau, Freitag, den 1. Februar 1895.

VI. Jahrgang.

An unsere Leser und alle Freunde der Arbeitersache!

Mit dem 1. Februar d. J. haben Verlag und Redaction der „Volkswacht“ eine inhaltlich und technisch wesentliche Umgestaltung und Verbesserung des Blattes eintreten lassen. Die schweren Gefahren, von welchen die Rechte und Freiheiten des deutschen Volkes heute mehr wie vielleicht je vorher bedroht werden, machen es zur gebieterischen Pflicht, den wirksamsten und mächtigsten Vorkämpfer der Interessen und Bestrebungen der Arbeiterklasse, die Presse, nach besten Kräften zu heben, zu einer immer schneidigeren Waffe im Kampfe der Geister zu machen und so auszugestalten, daß immer größere Kreise des leidenden, unterdrückten Volkes in dem socialdemokratischen Blatte ihren besten, ja ihren einzigen Freund und Vorkämpfer sehen. Die Redaction der „Volkswacht“ wird mit unablässigem Eifer bemüht sein, dies Ziel zu erreichen, sie darf aber andererseits auch von den Freunden der Sache des Volkes erwarten, ja fordern, daß diese die Bestrebungen der redactionellen und technischen Leitung des Blattes unterstützen, indem sie mit ganzer Kraft und Hingabe für die Weiterverbreitung ihres Blattes, der „Volkswacht“ wirken. Wenn jeder eifrige Parteigenosse es sich zur Pflicht macht, jede Woche auch nur einen neuen Abonnenten zu gewinnen, wird sich die Auflage und damit auch die Bedeutung, die Kraft der „Volkswacht“ in dem bevorstehenden grimmigen Kampfe um die höchsten Güter des Volkes vervielfachen, das Blatt selbst aber in den Stand gesetzt sein, auch inhaltlich immer mehr und immer Besseres für einen immer geringeren Preis bieten zu können. Mögen daher die Genossen nicht säumen mit einer regen und unablässigen Agitation im Interesse ihres Blattes wie im Interesse der großen Sache, der wir dienen und die wir zu einem herrlichen Siege führen wollen!

Redaction und Verlag der „Volkswacht“.

Die Lösung des Räthfels.

Zuweilen krocht auch ein blindes Luhn eine Perle aus dem Mist und darum darf man sich nicht wundern, wenn auch der nationalliberale Abgeordnete v. Eynern im preussischen Abgeordnetenhause einmal etwas Geschicktes gesagt hat. Er hat in der That — Spaß

bei Seite! — ein Mittel gefunden, wie die Socialdemokratie beseitigt werden kann; er hat jenen Weg endlich erschlossen, nach dem die Staatsretter groß und klein so lange und so eifrig mit der Laterne suchen.

Herr von Eynern meinte nämlich, wenn man die Beamten vor der Socialdemokratie bewahren wolle, so müsse man sie so bezahlen, daß sie zufrieden seien. Ganz gewiß ein vortreffliches Mittel, so vortheilhaft, daß wir im Interesse der Beamten auch damit einverstanden sind. Indessen könnte eine gute Bezahlung allein doch noch etwas Unzufriedenheit nachlassen, wo eine gute Behandlung durch die Vorgesetzten fehlt. Da müßte sich denn Herr von Eynern entschließen, auch Garantien für eine gute Behandlung zu schaffen, und dann wäre sein löbliches Werk vollendet.

Aber wenn Herr von Eynern die bürgerliche Gesellschaft vor der Socialdemokratie retten will, dann darf er sich nicht auf die Beamtenwelt beschränken; dann muß er auch dafür wirken, daß die Millionen von „freien“ Arbeitern in Stadt und Land zufrieden gemacht werden, und auch bei diesen rührt die Unzufriedenheit in erster Linie von der elenden Bezahlung her. Herr von Eynern, wir finden, daß das Rettungswerk nicht ganz so leicht ist. Er wird, wenn er sich die Sache genau ansieht, halb einsehen, daß man die Löhne nicht willkürlich in die Höhe treiben kann, denn sie werden von den Schwankungen des Arbeitsmarktes betroffen. Da wird Herr von Eynern halb finden, daß man das Lohnsystem überhaupt beseitigen und an Stelle des Privatbetriebes die genossenschaftliche, collectivistische Arbeit setzen muß. Sind die Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit übergegangen, dann kann Jedermann eine ausreichende Existenz garantirt werden. Dazu muß natürlich auch der Grund und Boden „nationalisirt“ werden, welchen in England gebräuchlicher sanfter Ausdruck wir gebrauchen wollen, um die zarten Nerven des Herrn von Eynern nicht zu erschrecken. Wenn aus feuchenden überstuldeten Kleinbauern und aus verhungerten Tagelöhnern dann wieder wohlthuirte Markgrafen geworden sind, wie sie das alte Deutschland in den Zeiten seiner Blüthe gesehen hat, dann wird auch hier die Zufriedenheit einkehren.

Wir Socialdemokraten wären gar nicht unglücklich, wenn uns auf diesem Wege entgegengearbeitet würde. Wir wollen ganz offen gestehen, daß man auf diesem Wege die Socialdemokratie in ihrer heutigen Gestalt

aus der Welt schaffen kann. Wenn die Magenfrage gelöst ist, dann erwachsen andere Aufgaben, denn „der Mensch lebt nicht vom Brod allein“. Aber schlage man uns nur erst mit der Lösung der Magenfrage im angebotenen Sinne aus dem Felde — wir lassen es uns gern gefallen. Sollte nicht auch einmal über die Klassengenossen des Herrn von Eynern jene heilige Begeisterung kommen, welche den französischen Adel in der berühmten Nacht des 4. August 1789 auf seine Privilegien verzichten ließ?

Ach wir träumen, denn
„Leicht bei einander wohnen die Gedanken,
Doch hart im Raume stoßen sich die Sachen!“
Rehren wir in die traurige Wirklichkeit zurück!
Der Klassenstaat wird, so lange er besteht, sein barbares Beamtenproletariat haben und die bürgerliche Gesellschaft wird die Masse der darbenenden Arbeiter nicht zufrieden stellen. Warum nicht?

Weil die kapitalistische Ausbeutung zum „v o l k s w i r t s c h a f t l i c h e n Prinzip“ erhoben worden ist. Der Privatunternehmer wird keine Anwandlungen von Edelmut bekommen, wie die französische Aristokratie vor einem Jahrhundert. Der moderne Kapitalist kämpft mit unglaublicher Fähigkeit um jede Viertelstunde Arbeitszeit, denn er weiß, daß sie ihm Mehrwerth bringt. Und dies System der Ausbeutung in der Form der Aneignung unbezahlter Arbeit ist den herrschenden Klassen ganz in Fleisch und Blut übergegangen; sie halten es sogar für den natürlichen Zustand und erklären es als „Verstoß wider die menschliche Natur“, wenn man den Menschen gleiche Pflichten auferlegen und ihnen dafür gleiche Rechte und Genüsse gewähren will.

Nein, armer Herr von Eynern, die bürgerliche Gesellschaft kann keine Zufriedenheit schaffen, und darum gera e wird sie der Auflösung verfallen. Nicht einmal der Klassenstaat kann sein Beamtenheer zufrieden stellen, weil der Löwenantheil seiner Einnahmen, und noch mehr, vom Militarismus aufgezehrt wird.

Die Socialdemokratie wird bestehen bleiben und der Capitalismus wird sich abwirtschaften. Wenn dies Entwicklungsstadium erst erreicht ist, dann kann die neue socialistische Gesellschaft jedem Einzelnen eine befriedigende Existenz garantiren.

Geben Sie es lieber auf, Herr von Eynern, die Socialdemokratie zu beseitigen!

Die Bekehrung André Savenay's.

Socialistischer Roman von Georges Renard.

Autorisirte Uebersetzung von Marie Kunert.

[Nachdruck verboten.]

Die Erscheinung des jungen Mädchens trug den Charakter einer strengen, fast tragischen Schönheit, wenn er nicht durch einen lieblichen, geistvollen Mund und das klassische Oval des Antlitzes gemildert worden wäre. Jungfräuliche Herzheit, die von Anmuth erklärt wird, hätte man sagen können. Handgelenk und Hände waren überaus fein gebildet. Die schlankte Gestalt war in ein dunkelrothes Wollkleid gehüllt, das sie in einfachen Falten, ohne jeden Auspuß umschloß. Die junge Socialistin konnte etwa zwanzig bis zweiundzwanzig Jahre alt sein. Die Anmuth ihrer Bewegungen, die Reinheit der Linien, die Harmonie der Proportionen gaben ihrer geschmeidigen, schlanken Gestalt, die weder zu groß noch zu klein gebaut war, etwas, was man gewöhnlich als distinguirt oder aristokratisch bezeichnet; und Andre, der halb mit Vergnügen, halb mit Aerger die natürliche Eleganz, die anmuthige Würde, die ruhige Sicherheit seiner schönen Formen beobachtete, bewunderte dabei die Pariser Façon, welche Arbeiterstöchter hervorbringt, die wie Prinzessinnen aussehen und selbst Prinzessinnen vom ältesten Adel durch ihre Haltung zur Geltung bringen können.

Ein weißer Bart erschien in der geöffneten Thür, die sonore Stimme rief: „Guten Abend, Töchterchen! Du kommst ja nicht wie sonst mich küssen?“

Johanna bot dem Greise mit lieblichem Lächeln die Stirn zum Kuß. Dann überreichte sie ihm Andrees Karte mit den Worten:

„Der Herr hier hat auf Dich gewartet, Vater. Es ist der Herr, der gestern Abend im Wagramsaale beinahe Prügel bekommen hätte. Er kam, um sich bei mir zu bedanken.“

„Und er hat Recht daran geihan,“ sagte der Alte. „Du hast ihm einen famosen Dienst geleistet. Meiner Frau, Herr, ich kann wohl sagen, daß Sie ohne die Kleine hier eine böse Viertelstunde erlebt hätten. Ich weiß, daß Sie gerade nicht kaltblütig vorgingen. Ein famoses Manöver, daß Sie da mit ihrem Stuhl ausführten! Ich mache Ihnen mein Compliment. Ich habe meine Freude dran, wenn man so gewandt ist, wie Sie. Aber Sie hätten auch ebenso gut einige blaue Feste und Beulen abbekommen können. Und nun erlauben Sie mir, Ihnen einen guten Rath zu geben: gehen Sie mit Ihren Freunden nicht wieder in solch eine Versammlung. Unsere Männer sind nicht sehr geduldig und es könnte Sie am Ende doch einmal gereuen.“

Andree ließ diese Fluth von bald herzlichen, bald rauh klingenden Worten lächelnd über sich ergehen.

„Ich danke Ihnen für Ihr Compliment und Ihren guten Rath,“ erwiderte er. „Aber ich habe durchaus keine Lust, dergleichen wieder zu begehen. Ich möchte Sie sogar, wie das Fräulein hier zu der Uebersetzung bringen, daß ich Ihnen eine tiefe Erkenntnis verdanke, und daß ich weit davon entfernt, Ihr oder der Ihrigen

Feind zu sein, vielmehr alle Ursache habe, das Gegentheil zu wünschen. Ich kümmere mich wenig um politische Streitigkeiten, und ich sehe nicht ein, weshalb Arbeiter und Bourgeois sich nicht gelegentlich als Freunde die Hand drücken sollen. Es giebt auch ehrenhafte Bourgeois, mein Fräulein, wie ich Ihnen versichern kann, und die sogar ein Herz haben, trotzdem sie Bourgeois sind.“

Das junge Mädchen machte eine ungeduldige Bewegung.

„Sie wollen mich nicht verstehen, mein Herr. Gewiß ist es möglich, daß es auch unter den Bourgeois gute Menschen giebt. Ich sage nur, daß sie aus Egoismus, aus Klasseninteresse, aus Corpsgeist in uns Socialisten weder ihres Gleichen, noch ihre Brüder oder gleichberechtigte Mitbürger sehen, sondern nur natürliche Feinde. Es ist nicht mehr als billig, daß wir Gleiches mit Gleichem vergelten, nicht wahr Großvater?“

„Die Hauptsache ist, daß wir keine Ursache haben, sie zu lieben,“ erwiderte heftig der Alte. „In unserer Familie nur erst gar! Ich, der ich jetzt zu Ihnen spreche, Herr, ich habe Achtundvierzig mitgemacht, war damals ein junger Kerl, fünfundzwanzig Jahre alt: ich glaubte damals noch an die Brüderlichkeit, an die Solidarität und alle sonstigen schönen Sachen. Reiche und Arme lagen sich damals in den Armen, machten sich gegenseitig Liebeserklärungen. Die Millionäre wäfen: Es lebe das Volk! Alles war damals socialistisch, alle Candidaten nannten sich Arbeiter, die Pfaffen segneten

Politische Rundschau.

Die Auflösung des Reichstages rückt in greifbarere Nähe und die Parteien werden gut thun, sich bei Zeiten auf diese Eventualität vorzubereiten. Wenigstens lassen die Erklärungen der Regierungsvertreter in der Umsturzcommission, daß sie sich von ihren Kautschulparagrafen nichts abhandeln lassen wollen, sich gar nicht anders deuten, als daß es auf eine Auflösung abgesehen sei. Mit Recht bezeichnet es die „Voss. Ztg.“ als eine „unhaltbare Politik“, daß Fürst Hohenlohe einfach sein Haupt neigte und wieder nur die Tropfen von seinem Regemantel abschüttelte. „Es bliebe“ — meint das genannte Blatt — „der Regierung nichts übrig, als Verurteilung an die Wähler einzulegen. Und damit sind wir ganz einverstanden. Je eher die Würfel fallen, um so besser. Die Regierung muß durch Neuwahlen handgreiflich belehrt werden, wie das Volk über diese „Umsturzvorlage“ denkt. Man täuscht sich anscheinend an einflussreichen Stellen über die Stimmung der Nation. „Die „Umsturzvorlage“, der „Fall Liebtnecht“, die Marinepläne, die Steuerpläne, der Zickzackkurs, Alles wird bei den Wahlen seine Wirkung üben; und wir hoffen, auf die Frage, die Fürst Hohenlohe stellt, werden die Wähler eine so unzweideutige Antwort geben, daß in absehbarer Zeit nicht abermals eine Auflösung des Reichstages versucht wird.“

Der Meinung sind auch wir. Und es muß deshalb Alles vermieden werden, was diese unzweideutige Antwort beeinträchtigen und abschwächen könnte. Dazu muß aber ganz entschieden die Verschleppungs- und Vertuschungspolitik des Centrums führen, die von ihm in der Umsturzfrage beliebt wird. Die „Volkszeitung“ weist durchaus mit Recht darauf hin, daß schon die Verweisung der Vorlage an eine Commission an Stelle der runden und netten Ablehnung im Plenum ein schwerer Fehler war. Ein schwerer Fehler sogar im Sinne des Centrums selbst, das von der Vorlage Einiges zu retten gedachte, und das außerdem einige seiner reactionärsten Herzenswünsche durch besondere Rufungsbestimmungen zur Vorlage zu erfüllen trachtete. Wäre die Vorlage von der gesammten Linken, von Polen und Elässern und vom Centrum glatt abgelehnt worden, so wäre es zu einer frühen, fröhlichen Reichstags-Auflösung gekommen, bei der die große Mehrheit des deutschen Volkes sich der conservativ-antidemokratischen Cartelherrschaft gegenübergestellt gesehen und diesen beim Volke genügend verhassten Gegner mit getrennt marschierenden, aber vereint schlagenden Kräften in den Sand gesetzt hätte. Statt dessen hat man es, und zwar nicht bloß im Centrum allein, für angemessen gehalten, im engeren Kreise — in der Commission — an der „Umsturzvorlage“ herumtanzeln zu lassen. Die Verathung ist auf dem besten Wege, zu einer Verjümpfung der „Umsturzfrage“ zu führen. Und das ist das Schlimmste, was passieren kann.

Des Weiteren weist die „Volkszeitung“ darauf hin, wie die Nachsichtigkeit der Parteien ihre eigene Position in dem schließlich doch kaum vermeidbaren

Wahlkampfe schwäche. Das Blatt kennzeichnet die Situation deshalb wie sie ist, selbst auf die Gefahr hin, daß die Reaction ihren Vortheil wahrnehme, weil es noch Zeit ist, die Scharte auszuweichen. „Noch ist Polen nicht verloren! Noch kann die Verhandlung über die Umsturzvorlage mit einem Clat abgebrochen werden, wie er nöthig ist, um dem Wahlkampfe Schwung und Feuer zu geben! wie er unentbehrlich ist, um die Wählermassen kräftig aufzurütteln. In vierzehn Tagen, in drei Wochen, wenn die Regierung wieder einige Strafbestimmungen geborgen hat, ist ihr Vorsprung zu groß. Dies sollte auch das Centrum begreifen, das ja doch wohl schließlich dazu kommen wird, die Vorlage abzulehnen, wenn man ihm nicht das „ungläubige Professorenthum“, die klassischen Dichter und die unbedeutende oder decolletirte Kunst an's fromme Schlachtmesser liefert.“

„Eins aber bleibt unter allen Umständen zu beachten; je unklarer die Verhältnisse heute liegen, desto mehr muß man auf Ueberraschungen gefaßt sein. Der beste Wähler, der beste Bürger ist der, der am machsamsten ist. Bereit sein ist Alles. Für Deutschland handelt es sich bei der Annahme oder Ablehnung der „Umsturzvorlage“ um die Verkümmernng bezw. den Schutz des ohnehin stark eingeschränkten Rechts der Meinungsäußerung. Darin ist eingeschlossen die Möglichkeit, durch eine Kritik bestehender Uebel die Besserung der Zustände anzuregen und anzubahnen. Ohne Kritik kein Fortschritt, sondern Stillstand, Rückschritt, Tod. Möge das deutsche Volk in seiner Mehrheit, wenn es zur Entscheidung über seine wichtigsten geistigen und materiellen Interessen aufgerufen wird, wissen, was es sich und kommenden Generationen schuldig ist, gleichgültig, ob es die notwendige Entscheidung heute oder morgen fällen muß!“

Witterweile hat das Centrum wieder eine Wendung gemacht und scheint jetzt geneigt, der Regierung das Umsturzgesetz in der gewünschten Form zu appor-tiren, falls diese einige besondere Herzenswünsche des Centrums erfüllt. Immerhin bleibt die Situation sehr unklar, das Centrum kann, wenn das Schicksal nicht zur Zufriedenheit desselben ausläuft, wieder eine Wendung machen und das Umsturzgesetz zu Falle zu bringen. Möglich ist Trumps, hier wie dort und so ist es denn Pflicht aller Genossen, jederzeit auf dem Posten zu sein, denn gar bald kann wieder der Ruf: „Auf die Schanzen, hinein in den Wahlkampf!“ erschallen und dann gilt es, gewappnet zu sein.

— Auch das Reichsfinanzgesetz, das das Reich für immer von den Einzelstaaten unabhängig machen soll, ist nach Passirung des Bundesraths dem Reichstage zugegangen. Gegen den vorjährigen Entwurf besteht nur insofern ein Unterschied, als die Liebesgabe in der Höhe von vierzig Millionen, die den Einzelstaaten aus der Reichskasse zufließen sollte, diesmal weggelassen ist. Der neue Entwurf bestimmt deshalb, daß die Matricularbeiträge nur in der Höhe in den Reichshaushaltetat einzustellen sind, die den veranschlagten Gesamtbetrag der den Bundesstaaten zustehenden Ueberweisungen aus den Zöllen, der Tabaksteuer, der Reichsstempelabgaben und der Verbrauchsabgabe für Branntwein nicht übersteigen. Ergiebt sich

für ein Etatsjahr ein höherer Betrag an Ueberweisungen als er veranschlagt worden, so verbleibt der Mehrbetrag dem Reiche. Erreichen hingegen die Ueberweisungen nicht die festgesetzte Höhe der Matricularbeiträge, so wird der entsprechende Betrag der letzteren nicht erhoben. Die Ueberflüsse des Reichshaushalts werden zu einem besonderen Fonds angesammelt, aus dem etwa in folgenden Jahren sich ergebende Fehlbeiträge ausgeglichen werden. Hat dieser Ausleihungsfonds einen Bestand von 40 Millionen Mark erreicht, so werden die weiteren ihm zustehenden Beiträge zur Tilgung von Reichsanleihen verwendet. Ebenso wenig wie dieser besondere Fonds, der ja einer Lieblingsidee des preussischen Finanzministers entspricht, fehlt auch diesmal die Bestimmung nicht, daß zur Deckung eines Fehlbetrages bei den fortdauernden Ausgaben und den einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats durch besonderes Gesetz auch Zuschläge auf die dem Reiche zustehenden Stempel- und Verbrauchsabgaben gelegt werden können.

Wenn der Entwurf Gesetz würde, bliebe vom Budgetrecht des Reichstages nicht viel übrig. Die Begründung sucht zwar plausibel zu machen, daß das Bewilligungsrecht des Reichstages hinsichtlich der Matricularbeiträge durch das Gesetz unberührt bleibe, da diese nach wie vor in jedem Etat besonders festgesetzt werden müssen. Das Letztere wäre dann aber nur reine Formsache. Das Reich hätte die Mittel, welche als Matricularbeiträge beschlossen werden, immer schon vorher in Händen. Beschließt der Reichstag die Matricularbeiträge nicht, so hat die Regierung es in der Hand, die Ueberweisungen nicht abzuführen. Da das ganze Steuersystem des Reiches auf indirecten Steuern beruht, so ist die Aufrechterhaltung der Matricularbeiträge der Einzelstaaten als Mittel zur Sicherung des Budgetrechts des Reichstages einfach unerlässlich. Der gemüthlicheren Geschäftsführung der Finanzminister zu Liebe darf der Reichstag nicht darauf verzichten.

— Die sittliche Verkommenheit der capitalistischen Reactionspresse, schreibt der „Vorwärts“, offenbart sich handgreiflich in der Thatsache, daß die Blätter, welche Hans Blum'schen Fälschungen zu Gunsten der Umsturzvorlage zum Abdruck brachten, jetzt, nachdem die Fälschungen auf's Ueberzeugendste und schlüsskräftig nachgewiesen sind, nicht Widerruf leisten, sondern durch ihr Stillschweigen sich zu directen Mitschuldigen der Fälschungen machen. Aus den betreffenden Blättern, die wir hiermit gebrandmarkt an den Pranger stellen, sei die „Magdeb. Ztg.“ und das „Leipz. Tagblatt“ herorgehoben. Wut, der Schande.

Um die Niederlage des Hans Blum und seiner Mit-Blume zu vollenden, ist der Sirpa ein Netter entstanden. Ein Telegramm aus Zürich, datirt vom 27. Januar belagt:

Die heutige Ausgabe des hiesigen „Stadtboten“ enthält folgende Erklärung: Der Redacteur des „Stadtboten“ (Ed. Uttenhofer) bekräftigt Herrn Dr. Hans Blum die Thatsache, daß Hauptmann von Ehrenberg in Zürich mit General Boulanger (reid. dessen Rundschaffterbureau in Paris) in Verbindung stand, als Ehrenberg noch Revolutionsstrategie der deutschen Socialdemokratie war, die Pläne für die Barrikadenkämpfe in den Hauptstädten

die Freiheitssäume. Ein halbes Jahr nachher hatten sie mich mit einer Menge Kameraden aus den Vorstädten auf das Schiff, das uns in die Verbannung auf die trodene Guinlotine bringen sollte, geschleppt. Wir sollten ein Verbrechen begangen haben, als wir mit dem Recht auf Arbeit auch das Recht auf Brot fordereten. Jetzt waren die Socialisten nur noch Lumpenkerle, werth mit Hundes geheßt zu werden. Sieber wollten die: Bourgeois irgend einem Gesellschaftler die Stiefel ablesen, als denen, die nichts haben, Brot und Sonnenschein geben.“

Andree war auf eine so heftige Entgegnung nicht gefaßt gewesen. Er sagte daher in etwas erbauntem Tone:

„Ich verstehe, was Sie meinen, aber das alles ist doch schon lange her!“

„Sehen Sie sich!“ rief Vater Deschamps.

„Zwanzig Jahre später lehrten wir aus dem Cill zurück. Es waren nicht viele, die ein so jähes Leben hatten. Wir hatten gearbeitet und schlecht und recht unser Leben geführt. Die Bourgeois waren inzwischen des Kaisers überdrüssig geworden. Sie riefen uns zu: „Vorwärts!“ Des Kaiserreich muß gespürt werden. Es wird kein Schaber nicht sein.“ Und wieder haben wir Dummheit die Falschheit in tollstem Maße vor uns. „Diesmal wird es Ernst werden.“ sagten wir uns. Starben Sie mir, Herr, am 1. September, an dem Tage, wo die Republik wieder auflebte, habe ich vor Freude gelacht und gewieht wie ein Kind! Alter Herr, der ich war! Wenn ich damals gewußt hätte, wie

es mir eines Tages lohnen würde, die Republik! Ich hatte einen Sohn zu jener Zeit, mein Herr, er war der Vater dieses Kindes, das damals noch in der Siege lag. Während der Belagerung von Paris hatte er seine Pflicht gethan, so gut wie jeder andere. Er war mit seinem Bataillon auf dem Marsch, dreißig Sonn' bekam er pro Tag. Zum Dank, das war gewiß nicht viel. Die Frau und das Kind konnten sich nicht einmal alle Tage satt essen. Aber, wenn das Brot damals knapp war in Paris, so wurde doch immer alles, was da war, unter alle getheilt. Jeder bekam seine Portion davon; es war eine Art Socialismus im Kleinen! Man arbeitete und hoffte zusammen. Dann kam der Hunger, der Friede wird geschlossen. Da, mit einem Male hebt ein Decret die dreißig Sonn' auf und befehlt, daß innerhalb vierundzwanzig Stunden alle reichthümlichen Reichen bezahlt sein müßten. Den Trampf auch! wo sollten die armen Leute denn das Geld hernehmen, nachdem sie sechs Monate unter der Fahne gewesen waren? Sollte man denn auf der Straße schlafen? Da kam die Revolte, man gründete die Commune, und am 20. Mai wurde mein Kind, mein Sohn jähirt. . . . nicht allein, jehantend mit ihm, dort im Park von Montmartre geschah es, wo der Kaiser so künig grün steht. . . . Von Ihren Herben aus können Sie die Stelle sehen, mein Herr. Und nachdem das geschehen war, haben die Commune die aufgehobenen Gebeine ergriffen. . . . was unsere Leiden nicht aufzuheben konnte. O mein armer Sohn! so gut und so brav!“

Der Greis brach ab, die Stimme verlagte ihm. Das junge Mädchen, das am ganzen Körper zitterte, hatte seine Hand ergriffen und sah Andree, der stumm, ergriffen dastand, mit bligenden Augen an. Der Greis schüttelte den Kopf, wie um eine traurige Erinnerung zu verscheuchen, dann sagte er:

„Es ist unrecht von mir, zu Ihnen von diesen Dingen zu sprechen. Das erregt mir das Herz immer auf's Tiefste. Aber da ich nun einmal angefangen habe, will ich Ihnen meine Geschichte auch zu Ende erzählen. Ich hatte damals zu denen gehört, welche die Bank besetzt hielten, um sie vor der Plünderung zu schützen. Man hatte mir irgend einen kleinen Posten als Inspector gegeben.“

Das war „Ansammlung von Befugnissen, die mir nicht zustanden“: ich wurde deportirt. Ich klage heute nicht mehr darum; ich bin kräftig, ich verdiene da unten mein Brot ebenso gut wie anderswo. Aber in dieser Zeit verkam die Wittve meines Sohnes in Elend, Hunger und Kummer. Sie wissen nicht, Herr, was das für so eine arme kranke Frau heißt, sich mit einem Kinde in dem großen Paris durchzuschlagen. Die Genossen halfen ihr, so gut sie konnten, aber sie konnten eben nicht viel. Ich ließ ihr auch ein paar Franken zukommen, wenn ich welche hatte; aber ich hatte selbst nicht oft Geld. Endlich konnte ich nach der Kasse zurückkehren.

(Fortsetzung folgt.)

Deutschlands ausarbeitete und den Festungsplan von Vesel (Copie) im famosen Unterrock der Frau Walter aufbewahrte."

Ein Wort hierüber zu sagen, ist überflüssig. Wer die Geschichte unserer Kämpfe mit den Puttkamer'schen Spitzeln kennt, kennt den "Ebelsten" — Lodsipfel von Ehrenberg und den Schweizerischen Spitzelgehilfen Altenhofer! Altenhofer rechts, von Ehrenberg links, Herr Blum in der Mitte — so soll das Tableau bleiben für alle Zeiten, so lange es eine "Unsterblichkeit" der Infamie giebt für derartige Thaten und Thäter. Uebrigens können die Mitschuldigen des Hans Blum, sofern sie die Denkfähigkeit noch nicht ganz verloren haben, sich jetzt ungefähr einen Vers darauf machen, welche Ehrenberge und Ehrenmänner seinerzeit mit Boulanger verkehrt haben.

— Das Centrum im Gefolge des Herrn v. Stumm. Die Aufsehen erregende Schwentung, welche das Centrum in der Umsturzcommission bei der Berathung des § 111a innerhalb 3 Tagen vollzogen hat, gewinnt erst dadurch ihr besonderes Gepräge, wenn man erfährt, daß der Antrag Volk, den das Centrum unter Preisgabe seines eigenen Antrages acceptirte, im Lager des Herrn v. Stumm ausgeheckt worden ist. Herr Volk, seines Reichens Rechtsanwalt in Saarbrücken, ist nämlich im a. W. Wahlkreise (Saarbrücken) gewählt, das heißt, er vertritt eine Domäne des Herrn v. Stumm, wo der Einfluß dieses Industriekönigs admächtig ist. Herr Volk ist also nichts weiter als ein Beauftragter des Herrn von Stumm. Indem also das Centrum den Anträgen des Herrn Volk zur Annahme verhilft führt es die Aufträge des Herrn von Stumm aus. Daß die Partei für Wahrheit, Freiheit und Recht sich zu einer solchen Rolle hergiebt, ist auch ein Zeichen der Zeit.

— Ueber den Kuchmühlener Landfriedensbruchprozeß schreibt man der „L. B.“ aus München: Laut Nachrichten, die unserem hiesigen Parteiorgan aus Kuchmühl zugehen, befinden sich unter den Angeklagten auch eine Anzahl Frauen sowie an der Affaire selbst untheilhabende Zuschauer. Ferner — außer den anderen Vermundeten — auch der 17. Mal in den Rücken „gestupfte“ Fichtner. Als Zeugen für die Anklage sollen der Förster Grafmann, die Wiesauer Gendarmen sowie eine Anzahl der Soldaten figuriren. Die Anklage soll gegen verschiedene Personen auf durch das Zusammenwirken mehrerer Personen verübten Waldsirebel durch Entwendung in Verbindung mit dem Vergehen des Landfriedensbruches lauten. (Wie ich persönlich erfahre, steht die Anklage im Füllen und Klaffen des Holzes schon eine Entwendung und berechnet die „Schädigung“ des Lehensmannes Zoller auf 9 Mark — geschrieden neun Mark!) Die Angeklagten wollen gegen die Eröffnung des Hauptverfahrens und die Zuständigkeit der Strafkammer des Weidener Landgerichts Einwendung erheben. Im Falle der Eröffnung der Hauptverhandlung wollen sie den Münchener Rechtsanwalt Bernstein mit ihrer Verttheidigung betrauen.

— Ausnahme von Sonntagsruhe. Nach § 105d der Gewerbeordnung können für bestimmte Gewerbe (insbesondere für Betriebe, in denen Arbeiten vorzunehmen, welche ihrer Natur nach eine Unterbrechung oder einen Aufschub nicht gestatten, sowie für Betriebe, welche ihrer Natur nach auf eine gewisse Jahreszeit beschränkt sind, oder welche in gewissen Zeiten des Jahres zu einer außergewöhnlich verstärkten Thätigkeit genöthigt sind) durch Beschluß des Bundesraths Ausnahmen von den Bestimmungen über die Sonntagsruhe zugelassen werden. Diese Bestimmungen des Bundesraths sind jetzt ergangen und werden wie schon mitgetheilt, im „Reichs-Anzeiger“ bekannt gemacht. Die zugelassenen Ausnahmen beziehen sich auf das Bergbau-, Hütten- und Salinenwesen, die Industrie der Steine und Erden, die Metallverarbeitung, die chemische Industrie, die Gewinnung der forstwirtschaftlichen Nebenprodukte (Dele, Fette etc.), die Papier- und Lederindustrie, die Nahrungs- und Genussmittel-Industrie und einige Säsonggewerbe, wie Schneiderei, Spielwaarenfabrikation u. s. w. — Wir werden auf die für die Arbeiterkassen wichtige Angelegenheit noch eingehend zurückkommen.

— Der Reichsanzeiger kommt der „Leipz. Volkszeitung“ langsam nachgehinkt. In der Montagausgabe vom 28. Januar veröffentlicht er endlich die Formulare der Berufs- und Gewerbezahlung, die die „Leipziger Volkszeitung“ bereits zehn Tage vorher, am 18. Januar, als „wildes Amtsblatt“ der öffentlichen Benutzung übergeben hat. Es ging nicht länger mit der Geheimniskammerlei. Beileibe nicht!

— Für Religion, Ordnung und Sitte wird jetzt in allen Ecken des deutschen Reichs von Umsturzgesetz-Wüthrichen gehauen, gestochen und geschossen. Es ist unter den Kreuzrittern gegen die Socialdemokratie eine neue Quellenschneide ausgebrochen: Jeder Tag bringt ein

halb Duzend Herausforderungen und Zweikämpfe. Das einzige Bedauerliche dabei ist, daß diese Umsturzgesetz-Wüthrichen so erbärmlich schlecht hauen, stechen und schießen! Andersfalls würde die Seuche wenigstens den Vorthheil haben, daß wir von diesem Ordnungswolff recht bald erlöst würden. Hoffentlich lernen die Deutschen die Todthauerei, Stecherei und Schießerei etwas besser. Und hoffentlich kommen wir bald in die Lage, auf ihr Massengrab schreiben zu können: „Für Religion, Ordnung und Sitte. Jeder dieser Wiederwärtler ward vom andern abgethan“.

— Ueber Gnadenacte, welche anlässlich des kaiserlichen Geburtstages vom Kaiser ansgeübt wurden, schreibt der „Vorwärts“:

„Auch munktelt man von einer Amnestie“... „Wer aber sollte in der Aera der Umsturz-Paragraphe amnestirt werden?“ So schrieben wir am Sonntag, als wir zur Erbitterung aller königstreuen Elemente das liebe Berlin von den zu erwartenden Gnadenbeweisen so frühzeitig wie möglich in Kenntniß setzten. Von einer Amnestie hat nun zwar, wie wir gleich vermutheten, nichts verlautet, aber so ganz auf dem Holzwege waren wir mit unserer Nachricht doch nicht. Aus der Amnestie wurden Begnadigungen, von denen jetzt erst dies und das in die Oeffentlichkeit dringt; und die Frage, wer den begnadigt werden soll, hat eine muster-giltige Antwort erhalten.

Man vernehme, was ein Gerichtsberichterstatter mittheilt:

1. Die im Weiber-Zuchthause zu Sagan internirte Gattenmörderin Wieland aus Schweinitz bei Grünberg in Schlessien, die vor circa 25 Jahren ihren Ehemann, den Kürschnermeister Wieland, ermordete, deshalb zum Tode verurtheilt, dann aber zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt wurde, ist am Geburtstage des Kaisers völlig begnadigt worden. Am Montag früh traf die kaiserliche Cabinetsordre in Sagan ein und schon eine Stunde später öffneten sich ihr die Pforten des Zuchthaus, in welchem sie ein Vierteljahrhundert zugebracht hatte.

2. Der Nachtwächter Hilbrandt in Rixdorf (seligen Angedenkens) wurde am 12. Mai v. J. wegen eines unerhörten Mißbrauchs seiner Amtsgewalt von der zweiten Strafkammer am Landgericht II zu neun Monaten Gefängniß verurtheilt. Er hatte einen Arbeiter, den er ohne Veranlassung des Nachts arretirt, in der Wachtstube in brutalster Weise mißhandelt. Der Vorsitzende des Gerichtshofes bemerkte damals, daß das Urtheil noch viel höher ausgefallen sein würde, wenn der Angeklagte nicht noch unbescholten wäre. Von diesen neun Monaten sind dem p. Hilbrandt durch kaiserliche Gnade sechs Monate erlassen worden, den Rest der Strafe hat er vor einigen Tagen in Plözensee angetreten. Indessen schwebt gegen ihn noch ein neues Verfahren wegen Amtsvergehens. Was will man mehr?

— Dem nationalliberalen Candidaten im Wahlkreise Schwes-Schmalckalden, Dr. Peters, hält die „Freisinnige Zeitung“ einen Spiegel seiner afrikanischen Heldenthaten vor, wie er sie selbst in seinem Buche beschrieben hat. Das Blatt schiebt dabei voraus, daß Dr. Carl Peters diesen Zug durch das Gebiet der Britisch-ostafrikanischen Gesellschaft unternahm, gegen den ausdrücklichen Befehl des Reichskanzlers Fürsten Bismarck und gegen das Verbot der englischen Regierung. Die ganze Expedition war also ein privater Gewaltact, und auf Kriegrecht kann sich Dr. Carl Peters nicht im Mindesten berufen.

Die Blüthenlese aus dem Peters'schen Buche zeigt recht deutlich, wie diese afrikanischen „Civilisatoren“ ihre Mission auffassen. Auf Seite 59 seines Buches berichtet Peters: „Ich ließ einen Träger, der in einer Nacht sein Gepäck in ein Maisfeld geworfen hatte und nach Hindi zurückgelaufen war, in Ketten legen und vor allen Leuten auspeitschen.“ Auf S. 66 giebt Dr. Peters noch ein anderes Beispiel von der Behandlung der von ihm angeworbenen Leute: „Einer meiner Kameeltreiber erschloß sich mittels eines Karabiners, den er zwischen die Kniee klemmte und mit den Fehen abdrückte, weil ich erklärte, ihn wegen Schießdiebstahls in Ketten legen und nach Wiza schaffen zu lassen.“ In dieser Weise leitete Peters seine Expedition ein; dann folgt weiterhin die Beschreibung der Art, wie er sich fortgesetzt gewaltsam Noste und Lebensmittel verschaffte. S. 88 erzählt er, wie ein Boot den Papokomos abgenommen wurde und weil sie es nicht hergeben wollten, und sich dabei wehrten, in hätte dies allerdings ein Menschenleben gekostet. 4 Papokomos fielen dabei. Seite 89 erzählt Peters: „Als die Araber versuchten, meine Leute zum Weglaufen zu überreden, ließ ich einige gelbe Herren in

Ketten legen und befehlt sie gewissermaßen als Faustpfand.“ Und ebendasselbst schreibt er: „Die Abgeordneten aus der englischen Expedition, welche nachweislich versucht hatten, einige Leute zum Uedertreten zu verleiten, ließ ich auspeitschen und schickte sie fort.“ Wie nachsichtig Dr. Peters über die Mähereien seiner Leute urtheilte, geht aus S. 96 hervor: „Als ich mich dem Dorfe Mitoma näherte, kamen mir schon die Dorfältesten entgegen mit der Klage, daß meine Träger ihre Maisfelder geplündert hätten. So leid mir dies für die Papokomos that, so war es mir doch eine angenehme Nachricht, insofern es bewies, daß die Maisernte in der That herangereift sei und ich demnach Nahrung für meine Leute beim Fortgange der Expedition finden werde.“ Da es Dr. Peters überaus schwer fiel, seine Leute zu ernähren, so ist es erklärlich, daß auch Träger auf einmal ihm fortzelaufen sind. Dazu schreibt er S. 98, er habe Befehl gegeben, „sie entweder zu fangen oder niederzuschießen“. Die Somalis legten sich bei Mitale im Walde auf die Lauer. „Da es ihnen nicht gelang, die im Morgen-grauen herankommenden Träger zum Sehen zu bringen, erschossen sie zwei, deren Leichen in den Fluß geworfen wurden.“

Und einen Mann, der so in Afrika hauste, nach eigenem Geständniß, halten unsere Nationalliberalen für berufen zum Volksvertreter!

— Für die Postbeamten wurde in der Budget-Commission des Reichstages in diesem Jahre vom Abgeordneten Müller-Glogau wiederum die Beschaffung leichterer Sommerkleidung angeregt. Herr v. Stephan erklärte, Versuche seien gemacht worden, hätten sich aber nicht bewährt. Bebel bestritt, daß dies in genügender Weise geschehen sei. Es beständen sehr rigorose Vorschriften für die Uniformirung, die im Sommer zu beobachten sehr lästig sei. Vor 1867 hätten die sächsischen Postbeamten im Sommer Drillsrocke gehabt, auch sei ihnen das Doffen des Tuchrocks gestattet worden. In der Schweiz gäzen sämtliche Postbeamte im Sommer in leichter Kleidung, besorgten ihren Dienst gut und vergäben die „Würde der Postverwaltung“ nichts; warum das bei uns anders sei? Singens und Jagdowsky sprachen sich im Sinne des Staatssecretärs aus, Singer dagegen. Auf die wiederholten Ansuchen könne man nicht wie der Staatssecretär leicht darüber hinweggehen. Das Militär habe im Sommer doch auch Drillsanzüge und dem bürgerlichen Publikum falle es auch nicht ein, im Sommer dieselbe Kleidung zu tragen. Seitens der Postverwaltung erklärten der Staatssecretär, Erleichterungen eintreten zu lassen, soweit solche möglich seien, aber die Postverwaltung müsse auch über die Gesundheit der Beamten wachen. Werner sprach sich ebenfalls für Erleichterungen aus, vielfach trügen die Directoren der Oberpostämter noch dazu bei, durch Anordnungen den Beamten das Leben zu erschweren. Bebel erachtete die gemachten Einwendungen der Postleitung für unzutreffend, die Erfahrung in anderen Ländern zeige, daß es auch anders gehe. Man solle es mit der Wollblouse versuchen, die auch bei den Eisenbahnschaffnern eingeführt sei, die sei zweckmäßig und billig.

Parlamentarischs.

Die Justizgesetz-Commission des Reichstages, welcher der Gesetzentwurf, betr. die Abänderung der Gerichtsverfassung und der Strafproceß-Ordnung überwiesen ist, trat Dienstag zusammen. Nachdem eine Reihe Geschäftsordnungsfragen erledigt waren, begann man mit der Berathung der §§ 27, 28 und 75 der Gerichtsverfassung. Die betreffenden Paragraphen regeln die Zuständigkeit der Schöffengerichte.

Schmidt-Warburg (Centr.) beantragt, außer der im Gesetzentwurf beantragten Ausdehnung der Zuständigkeit, auch alle Anklagen, welche auf Grund des § 185 des Strafgesetzbuches erhoben werden (Beleidigungen) an die Schöffengerichte zu überweisen. Zur Begründung seines Antrages führt er aus, daß es möglich ist, wenn die Politik in der Art in den Gerichtssaal hineingetragen wird, daß sich die Berufsrichter damit zu befassen haben. Viele der auf Grund des § 185 erhobenen Anklagen gehen aus der Discussion der Tagesfragen hervor, zum Beispiel Beamtenbeleidigungen und so weiter, und oft leidet das Ansehen der Berufsrichter darunter, wenn sie Redacteure oder sonst Personen wegen Beleidigungen zu hohen Strafen verurtheilen müssen. Kommen diese Proceße vor ein Gericht, in welchem das Laienelement die Majorität bildet, dann sei der Richter gedeckt.

Von verschiedenen Seiten wurde darauf hingewiesen, daß man mit den Schöffengerichten schon oft recht trübe Erfahrungen gemacht habe, denn es gäbe Schöffen, die glauben, sie haben nur dann ihre Pflicht gerhan, wenn sie recht viele Personen und diese zu hohen Strafen verurtheilt haben. Andere Schöffen thun nichts Anderes, als daß sie dem Richter zustimmen. Im letzten Falle sei es also das Urtheil eines Einzelrichters. Von Seiten der Regierung wurde darauf hingewiesen, daß man doch mit den Schöffengerichten recht gute Erfahrungen gemacht habe, indem von 1000 Urtheilen der Schöffengerichte nur 83 bis 84 in der Berufungsinstanz abgeändert seien. Die Regierung müsse

Darauf bedacht sein, zu sparen, wo sich etwas sparen lässt. Die Fälle, welche der Entwurf den Schöffengerichten überweisen will, sind bisher fast regelmäßig dem Schöffengericht von der Strafkammer überwiesen worden.

Volkmann hat hervor, daß bei Annahme der Justizgesetze die ausschlaggebenden Parteien nur deshalb ihre Zustimmung gegeben haben, weil sie unter allen Umständen die Gesetze zu Stande bringen wollten. Manches schlechte Bestimmung nahmen sie mit auf, weil sie fürchteten, daß sonst das ganze Gesetz scheitern werde.

Ferner verlangt er, daß das Strafmandatwesen eingeschränkt werden müsse. Referendare und Rechtspraktikanten der Verwaltungs- und Polizeibehörden gehen ganz mechanisch ans Werk, wenn sie die Meldungen der unteren Polizeibeamten zu erledigen haben. Die Fälle werden nicht geprüft und mancher Unschuldige zahlt die Strafe, weil die Herbeiführung eines Gerichtsbeschlusses mit Kosten und Umständen verknüpft ist.

Munkel stellt in Aussicht, daß er die Entschädigung unschuldig Verhafteter beantragen wird. Einige Theile der Regierungsvorlage will er annehmen, andere aber, ihrer gefährlichen Tendenz wegen, ablehnen. Die Ziffern 1-3 des § 27 werden dann nach dem Wortlaut der Vorlage angenommen.

Die nächste Sitzung findet am Donnerstag statt.

Parteiangelegenheiten.

In Charlottenburg erhielt bei der am Montag stattgehabten Stadtratswahlwahl vier Candidat Goerte 311 Stimmen, während auf die beiden Gegner 436 resp. 224 Stimmen fielen. Es findet sonach Stichwahl zwischen unserm Candidaten und einem Herrn Franke statt.

Dem badischen Parteistreit. Herr Dr. Mühlert erstattete am Sonntag Bericht über seine Thätigkeit als Landtagsabgeordneter zur Wannheim. Er theilte mit, daß er seit 8 Uhr Morgens der Partei wieder angehört, da ihm die Candidatur für den Wahlkreis Heidelberg angeregt worden sei und er dem Ruf des Volkes sich nicht habe entziehen wollen. Er schilderte darauf seine Leistungen in der Kammer und erzählte im Stil des Colportageromans sein Leben und seine Leiden. Seinen Austritt, der erfolgte, weil in Folge der ihm emporwürgenden Beschlüsse junger Leute auf dem Parteitag ihm ein moralischer Stiel gegen gewisse Verhältnisse in der Partei ertheilt habe, habe er rückgängig gemacht, da das „gejamrte badische Volk“ ihn rufe. Die Versammlung wurde vertagt, um zunächst Genossen Dresbach zu Worte kommen zu lassen.

Das Agitationscomité für das hiesige Wahlkreis und die beiden Stämme, welches auf Beschluß des letzten Provinzial-Parteitags in Bielefeld seinen Sitz hat, hat sich constituirte und sind alle Correspondenzen an den Vorsitzenden Genosse Stenke, Kronenstr. 18a, zu senden.

Der socialdemokratische Parteitag der Provinz Schleswig-Holstein fand vom 20. bis 22. d. Mts. in Flensburg statt. Anwesend waren 63 Delegirte, welche 59 Ortsgruppen vertraten. Aus den Berichten über den Stand der Bewegung in den einzelnen Wahlkreisen ist hervorzuheben: Die Agitationscommission hat die Wahlkreise mit genügend Agitationsmaterial versorgt. Im September vorigen Jahres wurden 12,000 Exemplare des Norddeutschen Volkskalenders verbreitet. Von der Abfassung eines Flugblattes in dänischer Sprache wurde Abstand genommen, da die jüngere Bevölkerung der Mehrzahl nach der deutschen Sprache mächtig ist. Von Hamburg aus sind 500 Versammlungen mit Redneren besichtigt worden. Der 5. Reichstags-Wahlkreis übernahm die Commission 250 M., vom 6. Wahlkreis gingen 1000 M. ein, 570 M. wurden für Proceß ausgegeben. Die „Schleswig-Holsteinische Volks-Zeitung“ ist in 545 Exemplaren im Wahlkreis verbreitet, das „Hamburger Echo“ in ca. 1700, die „Norddeutsche“ in 281 Exemplaren. 1500 „Wahre Jacoben- und 40 „Süddeutsche Volksblätter“ werden verbreitet. 56 öffentliche Versammlungen fanden statt. Die Einnahme betrug circa 15,000 M. in Osnabrück ca. 15,000 M. Bei der Wahl kamen über 10,000 M. ein. Von Hamburg wurden über 300 M. beigegeben. Der Wahlkreis hatte 22,000 M. gelöst. 3040 M. wurden im Wahlkreis, Osnabrück abgerechnet, aufgebracht. Das Resultat ist aber ein durchaus günstiges. Die socialdemokratischen Vereine hatten 123 Versammlungen ab. Die Mitgliederzahl beträgt in Osnabrück 1500, in Elmshorn 115, zusammen in allen Districten 2407. Insgesamt nahmen die Vereine 12,064 M. 76 Pf. ein. Die Gesamtsumme des 6. Reichstags betrug über 31,000 M. In ähnlich erheblicher Weise kann von den übrigen Wahlkreisen berichtet werden. So haben im 7. 65 Versammlungen stattgefunden und wurden 32,000 Reichsmark beigegeben. Im 8. Wahlkreis haben 50 öffentliche und 54 Parteiversammlungen stattgefunden: 3055 Genossen sind vollständig organisiert. Wandsbeck zählt 1000 organisierte Genossen. Weniger günstig lautet die Berichte aus dem 9. und 10. Wahlkreis, was sich daraus erklärt, daß diese Kreise zum Theil Landgebiete sind. Den 3 Wahlkreisen Hamburgs gehören insgesamt 13,000 Genossen an. Wahlkreise Hamburgs bezieht die Commission für die Stadt Flensburg. Die Flensburger haben die Arbeiter gebildet, ihre Worte in der gleichen Weise zu verbreiten, wie sie überall und in Flensburg selbst der Verbreitung bedürftig sind. Wenn Flensburg Genossen geschäftig werden, so ist es nicht Schuld der Arbeiter. Die Commissionen von Wandsbeck stellen folgenden Antrag: Da Flensburg ungehörig ist, so ist es nicht Schuld der Arbeiter, die Commissionen von Wandsbeck, bei gemeinsamen Wahlen der Delegirten zu

Parteitags der Provinz Schleswig-Holstein einen einheitlichen Wahlmodus mittelst Stimmzetteln einzuführen. Gründe: 1. Zur Begründung dieses Antrages heben wir hervor, daß durch die Abstimmung per Acclamation nicht die wahre Meinung der Versammlung zum Ausdruck kommt, weil die meisten Genossen sich der Abstimmung enthalten. 2. Da alle Genossen doch gleichwerthig sind und jeder vorgeschlagene Genosse nach besten Kräften die Interessen der Partei vertreten wird, finden die Genossen Anlaß, für die zuerst vorgeschlagenen Genossen zu stimmen, in Folge dessen sind die zuletzt vorgeschlagenen benachtheiligt. Dieser Antrag wurde mit der Aenderung, daß es ein Wunsch des Parteitag sein solle, angenommen. Nachdem noch beschlossen worden, daß der nächstjährige Parteitag in Elmshorn abgehalten werden soll, findet der Parteitag seinen Schluß.

Der socialdemokratische Verein für Dresden-Alstadt hat nach dem Bericht des Vorsitzenden im letzten Jahre um beinahe 100 Mitglieder zugenommen; er zählte am Ende 1233 gegen 1137 Mitglieder am Anfang des Jahres. Es wurden im vergangenen 52 Vorstandssitzungen abgehalten. Discussionsabende fanden regelmäßig alle vier Wochen statt, außerdem arrangirte der Verein 5 öffentliche Versammlungen. Zahlstellen hat der Verein 15 gegen 13 im Vorjahre. Die 1233 Mitglieder vertheilen sich in 90 Berufe gegen 47 im Vorjahre. Die Einnahmen beliefen sich im vergangenen Jahre auf 443,35 Mark, die Ausgaben auf 395,25 Mark. Daraus verbleibt ein Ueberschuß von 151,10 Mark.

Deutsche Socialisten in der Schweiz. Der Landesausdruck der deutschen Socialisten in der Schweiz hat im Jahre 1894 bei einer Einnahme (inclusive des Kauffestandes) von 946,20 Fr. eine Ausgabe von 577,45 Fr. gemacht und zwar für Unterhaltung von aus dem Auslande gekommener Genossen 678,00, für Agitation 90 Fr. und „Verschiedenes“ 114 Fr. Das Vermögen der Landesorganisation beträgt 318,75 Fr.

Arbeiterbewegung.

Die Zimmerleute Nürnberg werden zur Erreichung eines höheren Lohnes kommenden Frühjahr alle nothigen Schritte einleiten. Zuzug ist fernzuhalten. Näherer Bericht folgt. — Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Zur Müllerbewegung. Von Seiten der Direction der Müller-Kammühle und von Seiten der Kramer'schen Kammühle in Weig wurden die organisirten Müller Münchens gedrungen in eine Bewegung einzutreten. Aller Zuzug ist fernzuhalten. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten. Anfragen sind zu richten an Hans Gammert, Kellerei, 163, München.

Der Sickerstreik bei der Firma C&K in Zürich dauert fort.

Sociale Uebersicht.

Die „Begehrtheit“ der Arbeiter ist eine stehende Redensart unserer Herren Unternehmer. Sobald jene die zeitweilige günstige Conjunction benutzen und mit Forderungen an sie herantreten. Welches Geschrei, wenn z. B. die Maurer 40 bis 50 M. pro Stunde Arbeit verlangen! Das gerade die Bauarbeiter fast die Hälfte des Jahres beschäftigungslos sind, wird nicht in Betracht gezogen. Folgender Arbeiter-Hauskatholik von ein holländischer Maurer dem dortigen „Volksblatt“ überliefert, belehrt uns nun über die Schlemmerei, deren sich ein Maurer bingeden kann. Ich verdiene, so schreibt der Herr, bei 15 M. Wochenlohn und 30 vollen Arbeitswochen im Jahre 450 M. Auf 52 Wochen nehme ich, enthält auf jede Einnahme von 567 Mark. Hiervon gehen ab für Miete pro Woche 26 M., für Alerien und Kostenerhebung 36 M. und schließlich 10 M. für Steuern. So bleiben mir in Wirklichkeit zur Bekleidung des gemeinen Haushalts nur 619 M., und da meine Familie aus sechs Personen besteht, entfallen pro Kopf und Tag 141, 1/2 M. Hiervon sollen und müssen bezahlt werden: die Ernährung, die Kleidung, die Wärme, das Schuwerk, die Schulbücher, die Heizung und Beleuchtung, es muß dann und wann ein Stück Wäschebrennmaterial gekauft werden u. s. w. Die Summe, die ich demnach auf die Begehrtheit der Arbeiter zahlen müßte, läßt sich ermitteln, läßt sich ermitteln.

Sie der Stadt zu die Nachtraher der Reizenden in den Gemeinderathen. Ich gebe aus den Aussagen heraus, welche das Regionalamt erhalten hat. Es heißt dort: Jede unrichtige Meinung der Reizenden ist zu vermeiden; die Sache soll möglichst gemacht werden. Aber haben die Reizenden bei Annahme der Forderungen nicht einträgliche Ergebnisse mit der unbedingten Rücksicht auf die stehende Reizende zu vermeiden und auch mögliche Ruhe in den Gängen zu halten. Der Schatzmeister muß hier genau wissen, in welchen Abteilungen die Forderungen liegen, damit die Forderungen nicht unrichtig gestellt werden. Dem Gemeinderathen wird diese in den Gängen bei der Schatzmeister jeden Antrags auf einen Theil der Forderung unter gleichzeitiger Abänderung der Reizenden Folge zu leisten. Die nachstehende Benutzung eines anderen als auf der Reizende verzeichneten Stages ist ohne Umwidmung der Reizende gestattet; jedoch jedoch Reizungen eintrahen muß der Reizende keine Weg auf Reizungen des Schatzmeisters aufgegeben werden. — Reizungen angenommen und es den Reizenden der Reizenden Reizungen auf Reizungen der Reizenden der 3. Reizungen aber der 4. Reizungen gemacht. Die ungenutzten Reizungen aber Reizungen, wie Reizungen nachgelesen, müßte den Reizenden durch Reizungen und Reizungen gemacht die 3. und 4. Reizungen.

Vermischtes.

München, 31. Januar. Die Zeit der an Schmalz gebundenen beim Jahresende-Reizungen ist nach mehrer zugekommen. Die am 28. Januar waren in das Reizungen-Regime 11. Reizungen aufgenommen. Unter den Reizungen befinden sich 11. Reizungen aufgenommen. Die Reizungen sind an einem Reizungen der Reizungen 11. Reizungen aufgenommen.

Nerven-Affectionen zu nennen sind. Ein Todesfall ist seit dem 8. Januar nicht eingetreten.

Ein Ehebrecher auf einem Kaiserthron und an der Spitze einer christlichen Kirche. In den Zeitungen las man in den letzten Tagen folgende Mittheilung: „Es ist bekannt, daß der jetzige Czar Nicolaus II., bevor er sich auf Befehl seines Vaters mit der Prinzessin Alex von Hessen verlobte, mit einer polnischen Tänzerin in einem intimen Verhältnis stand. Dieser Liebesroman hat nun zu einer tragischen Katastrophe geführt, indem die ehemalige Geliebte des Czaren sich das Leben nahm. Pobjusta, wie sie sich nannte, war ein wunderbar schönes Mädchen armer Eltern in Moskau. Mit 17 Jahren war sie die gefeiertste Tänzerin der Warschauer Oper. Vor 6 Jahren verliebte sich der Czarewitsch Nicolaus in das junge Mädchen, das sich lange weigerte, zu ihm in der Verhältnis zu treten. Aber zuletzt gab sie nach, und der Fürstensohn ließ mit ihr nach Sibirien, wo er sich heimlich mit Pobjusta trauen ließ. Nicolaus war damals 21, seine Geliebte 18 Jahre alt. Zwei Kinder entsprossen der Ehe. Trotzdem der Czar alles aufbot, um das Verhältnis zu lösen, führten die beiden fort, sich innig zu lieben. Es kam die Krankheit des Czaren und Nicolaus sah sich gezwungen, sich mit der Prinzessin Alex von Hessen zu verloben, um dem letzten Willen seines sterbenden Vaters zu gehorchen. Nach der Hochzeit des neuen Czaren wollte Pobjusta nicht weiter leben. Sie schrieb einen Abschiedsbrief an Nicolaus, worin sie ihm ihre beiden kleinen empfahl und schloß sich eine Kugel ins Herz. Jetzt ruht sie gemäß ihrem letzten Willen in dem Landhause am Ufer des schwarzen Meeres, wo sie einst mit dem Geliebten glückliche Tage verlebte.“ — Und der, so ihr die Ehe gebrochen, sie in den Tod getrieben — ist das Oberhaupt der griechisch-katholischen Kirche, und Staat und Kirche in Deutschland schwieg, als eine deutsche Prinzessin sich mit einem Ehebrecher verheirathet. Nicht als ob wir auf den Czaren den Stein werfen wo. Er ist ein Opfer seiner Verhältnisse und wir freuen uns, daß wir Socialisten einst berufen sein werden, auch solche armen Knechten ihrer Herrscherwürde zur wahren Menschlichkeit zu verhelfen.

Technik und Wissenschaft.

Ein angebliches Zwischenglied zwischen Mensch und Affe, das der niederländische Militärarzt Dubois kürzlich beschrieben hat, bildete den Gegenstand eines von Professor W. Krause in der letzten Sitzung der Berliner Anthropologischen Gesellschaft gehaltenen Vortrages. 1891 wurde in einem Flußbette auf Java ein Meter unter dem Trockenpegel des Flußes und 12 Meter unter der Ebene, in welcher der Fluß allmählich sein Bett ausgewühlt hatte, der Zahn eines großen Affen gefunden. Einige Monate später fand sich in einem Meter Entfernung davon ein Schädel eines großen Affen, das nach Dubois Berechnung zu einem Schädel von 950 Kubikcentimeter Inhalt gehört hat. Das würde bei einem Affen eine ganz gewaltige Schädelcapazität sein, da ein großer Orangutanschädel nur etwa 500 Kubikcentimeter Inhalt hat. 1892 wurde 15 Meter stromaufwärts von der früheren Stelle, aber in derselben diluvialen oder jungtertiären Schicht, ein Oberschenkelknochen von 43 Centimeter Länge gefunden. Diese 3 Fundstücke gehören nach Dubois' Annahme zusammen und stammen von einem menschenähnlichen Säuger, der, wie sich aus der Größe und Beschaffenheit des Oberschenkelknochens ergibt, 1,7 Meter hoch war und aufrecht ging. Dubois bildet aus ihm eine neue Art und Gattung, die er Pithecanthropus erectus (der aufrechte Affenmensch) nennt. Professor Krause führt nun aus, daß der Zahn sowohl wie das Schädeldach in der That einem Affen angehört haben müssen; das letztere nimmt in seinem Bau durchaus mit dem Schädel eines Gibbon (Hylobates) überein, wie auch Professor Waldeyer und Professor Neuhoff bestätigen. Weiter gab Professor Krause zu, daß die Schädelcapazität des betreffenden Affen eine ungewöhnlich hohe gewesen sei und mindestens 900 Kubikcentimeter betragen haben müsse; dieser Annahme trat indessen Professor Bichow entgegen, indem er ausführte, daß zur Berechnung des Schädelinhalts nicht die geeigneten Unterlagen gegeben seien. Andererseits erklärte Professor Krause, daß der gefundene Oberschenkelknochen unzweifelhaft einem Menschen angehört habe, worin ihm Oberst Waldeyer mit Entschiedenheit beipflichtete. Von der Beschaffenheit des Oberschenkels hänge aber die aller übrigen Theile des Kumpfes und der Extremitäten ab; es müßte ein durchaus menschlicher Körper gewesen sein, von dem der Oberschenkel stammte, und auf diesem Körper hätte die Zusammengehörigkeit der Zähne vorausgesetzt ein Affenkopf gerechnet. Das sei aber ein Fabelwesen, das lebhaft an die hundertjährigen Menschen der Sage erinnere und nur in der Einbildung bestehen könne. Dubois' Annahme, daß Zahn und Schädeldach von demselben Wesen stammen wie der Oberschenkelknochen, muß aber zurückgewiesen werden; trotzdem sind die Zähne an und für sich höchst bemerkenswert; beweist doch der Schenkelknochen die Existenz von Menschen, deren Körperbau mit dem der heutigen in allem Wesentlichen durchaus übereinstimmt, in einer Zeit, die jedenfalls noch weit hinter unserer nordischen Eiszeit zurückliegt. Wenn dem erwähnten Affenschädel die von Dubois und von Professor Krause angenommene große Capacität zukäme, so würde er gar nicht so weit hinter einem Wahebe-Schädel zurückstehen, den Professor Bichow im Verlauf eines Vortrages über die Anthropologie der Südafrikaner in der Sitzung vorlegte. Dieser Schädel zeigt ausgedehnte „affenartige“ Merkmale, wie zurückstehende Stirn, zurückliegendes Hirn u. s. w. und besitzt die außerordentliche geringe Capacität von 1055 Kubikcentimeter. (Zum Vergleich sei bemerkt, daß z. B. Germanenschädel durchschnittlich 1400 bis 1500 Kubikcentimeter Inhalt haben.) — Uebrigens betonte Professor Bichow noch einmal, daß die zur Zeit in Cassan's Anatomikum weilenden Dintias der anthropologisch interessanten Beschaffenheit wären, der seit langer Zeit nach Berlin gekommen sei, und daß auch die ursprünglich geborgten Dintias über ihre Herkunft gegenüber der unbedingten Zuverlässigkeit der kenneilichen Merkmale zurücktreten müßten.

Siehe eine Beilage.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht der „Volkswacht“.)

26. Sitzung.

Mittwoch, den 30. Januar 1895. — 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: Fürst Hohenlohe, Dr. v. Boetticher, von Köller.

Die Beratung des Berichts der Geschäftsordnungscommission über die Neuordnung der Reihenfolge von Initiativanträgen wird von der Tagesordnung abgesetzt, da ein neu eingebrachter Antrag gedruckt noch nicht vorliegt.

Das Haus tritt sodann in die Beratung der Anträge der Socialdemokraten und der Elsaß-Lothringer auf Aufhebung des § 2 des Gesetzes betreffend die Verfassung und Verwaltung Elsaß-Lothringens vom 4. Juli 1879 (sogen. Dictaturparagraph).

Abg. Bebel (Soz.): In wenigen Monaten werden es 24 Jahre, daß der deutsche Reichstag beschloß, das eroberte Elsaß-Lothringen als einen Theil des Deutschen Reichs einzufügen. Man sang Dithyramben auf die wiedergewonnenen Länder und alles ließ darauf schließen, man würde den wiedergewonnenen Provinzen die beste Staatsangehörigkeit wie möglich machen. Dem Widerspruch auch zunächst nicht die Thatsache, daß der Reichstag im Mai 1871 einem Gesetzentwurf seine Zustimmung gab, durch den gleichzeitig dem Reichskanzler die vollständigste Vollmacht erteilt wurde, im Reichslande zu schalten und zu walten, wie es ihm beliebte. Das staatsrechtliche Verhältnis Elsaß-Lothringens wurde zwar im Laufe der Jahre oft modificirt, aber die Vollmachten, die der Statthalter besitzt, sind die alten geblieben. Fürst Bismarck that damals Aeußerungen, die zu der begründeten Hoffnung berechtigten, daß in verhältnißmäßig kurzer Zeit es möglich sein werde, die Elsaß-Lothringer als vollberechtigte gleiche deutsche Staatsbürger anzusehen. Daß heute dort noch Ausnahmegeetze bestehen, ist nach meiner Auffassung nicht die Schuld der dortigen Bevölkerung. Jedenfalls bin ich sehr gespannt, zu hören, was die Herren vom Regierungstisch dafür anzubringen haben, um diesen Ausnahmezustand zu rechtfertigen. Damals pries Herr von Kardorff die deutschen Gefühle der Elsaß-Lothringer, in allen Debatten kam das zum Ausdruck. Wenn heute die dortige Bevölkerung, wie ich zugeben muß, in ihrer großen Mehrheit diese Gefühle nicht theilt, so ist die Handhabung des Ausnahmegesetzes schuld daran. Um zu zeigen, was der Dictaturparagraph bedeute, muß man ihn in seinem Wortlaut kennen. Noch besteht in Elsaß-Lothringen in voller Kraft der § 10 des Gesetzes vom 30. December 1871, betreffend die Einrichtung der Verwaltung von Elsaß-Lothringen, der später, als das Gesetz modificirt wurde, im § 2 in seinem wesentlichen Inhalt aufgenommen worden ist. Thatsächlich wird darin über das ganze sociale Dasein Elsaß-Lothringens die Dictatur verhängt, denn alle Maßregeln kann der Statthalter treffen, die er für geeignet hält, um die nach seiner Meinung für die öffentliche Sicherheit vorhandene Gefahr fernzuhalten. Es giebt nicht etwa einen bestimmten Bezirk in Elsaß, sondern es ist das ganze Land, welches nun beinahe 24 Jahre dem Belagerungszustande ausgeleitet ist, der also die gesamte sociale Existenz der Bevölkerung in die Hand eines Einzelnen legt. Der letzte Polizist hat noch heute in Elsaß-Lothringen eine weit größere Macht und Gewalt als bei uns im übrigen Deutschland irgend ein Regierungsbeamter, stehe er noch so hoch (hört, hört, links). Das muß äußerste Unbehagen, äußerste Gedrücktheit in der Gesellschaft hervorrufen. Niemand wagt etwas zu äußern aus Furcht, sich dabei zu schädigen, so daß eine Menge der allerberechtigtesten Beschwerden über das Verhalten eines Beamten nicht einmal zur Kenntniß der Verwaltung von Elsaß-Lothringen, geschweige denn zur Kenntniß des Statthalters kommen. Thatsächlich wird heute noch Elsaß-Lothringen als ein erobertes Land behandelt (sehr richtig bei den Soz.), die Bevölkerung als eine feindliche angesehen, für die eben die außerordentlichsten Maßregeln notwendig sind, weil ohne diese die Bevölkerung sich nicht zügeln lasse. Wie könnte man sonst diesen Zustand aufrecht erhalten. Elsaß-Lothringen ist seit 1871 ein deutsches Land, aber mehr als 1/10 seiner Gesetze sind noch französischen Ursprungs und welche Gesetze! Das entzieht sich eben einfach aller Beschreibung. In Frankreich selbst hat man bei dem Wechsel der Regierungen viele dieser Vollmachten einschleifen lassen, sie standen nur auf dem Papiere, so sind noch Decrete, wie man sie in der Periode des sogenannten Schreckens in Frankreich unter dem Convent in Rücksicht auf die Sicherheit des Staates für notwendig erachtete, aufrecht erhalten worden. Auch diese sind für Elsaß-Lothringen noch nicht beseitigt. Es haben sich dort infolgedessen geradezu ungläubliche Zustände entwickelt. Aber es kommt hauptsächlich auf die Handhabung des Gesetzes an. Und da stellt sich weiter heraus, daß unsere Beamten in einer Art und Weise die alten französischen Gesetze anwenden und auslegen, wie man sie in Frankreich selbst während der schlimmsten Zeiten kaum ärger gefaßt hat (sehr richtig, links), das trägt dazu bei, das Gefühl der Rechtslosigkeit, das Gefühl der Unterdrückung, bei der elsass-lothringischen Bevölkerung fortgesetzt aufrecht zu erhalten. Die kleinen Erleichterungen die geschaffen worden sind, fallen dagegen gar nicht ins Gewicht. Das sogenannte Rentnerparlament, der Landesausschuß ist keine Volksvertretung, kann der Bevölkerung also auch nichts nützen. Auf einer Reise nach Bonn hörte ich im Eisenbahncoupee, wie sich ein Professor und ein Geschäftsmann über die elsass-lothringischen Verhältnisse unterhielten. Der gut deutsch gekleidete Geschäftsmann, der gar keine Ahnung hatte, wer ihm da gegenüber saß, enthielt dem Professor ein Bild der Zustände Elsaß-Lothringens, das sogar mich überrascht hat, wie eben dort in den neuesten Verhältnissen diese Dictatur sich in unheilbringender Weise geltend macht. Man hat auf den Antrag Cables hin die Angelegenheit schon her erörtert. Zu einer zweiten Lesung kam es nicht, es

läßt sich nicht sagen, wie die Abstimmung ausgefallen wäre. Unklar war die Haltung des Centrums, für das damals Windthorst sprach. Jetzt ist es aber die allerhöchste Zeit, da die damals schon zugestandenem Erleichterungen That und Wahrheit würden. Die Presse seufzt unter dem Dictaturparagraphen. Sie hat beständig das Verbot zu fürchten. Es braucht gar keine bestimmte Handlung vorzuliegen, es heißt dann, das Blatt haben wir schon lange auf dem Korn gehabt, jetzt ist das Maß zum Ueberlaufen voll geworden. Das Blatt verschwindet dann nicht nur für den Leserkreis, sondern durch die Unterdrückung wird zugleich der sociale Tod des betreffenden mehr oder weniger großen Kreises derjenigen, die an dem Blatt als Redacteurs, Expedienten und Schriftsetzer theilhaftig gewesen sind. Die Presse wird dadurch mundtot gemacht und selbst die Regierungsorgane sind gar nicht in der Lage, beurtheilen zu können, wie wirklich die Stimmung der Bevölkerung ist. Unter solchen Umständen ist die Pressefreiheit ein Phrasen. Im Jahre 1881 wurde ein Monat vor der Reichstagswahl die „Presse von Elsaß-Lothringen“ unterdrückt. Dasselbe Schicksal erlebte das „Elsaßische Volksblatt“ am 4. Mai 1882, ebenfalls einen Monat, vor den damaligen Bezirkstagswahlen. Das Erscheinen der geplanten Zeitung „Nez“ wurde schon im Voraus verboten am 5. August 1883. Ein Jahr später kamen dann neue Maßnahmen. Durch Ukas vom 22. November 1884 wurde ein katholisches Blatt „Union von Elsaß-Lothringen“ verboten bald darauf ein gänzlich unpolitisches Wochenschrift „Echo“. Die „Straßburger Post“ constatirte damals, daß keins dieser Blätter protestlerisch gesinnt gewesen sei. Bloß ihre Haltung zu einzelnen Fragen hat also zur Anwendung der Dictatur genügt. Die Dictatur geht aber noch viel weiter. Jedem in Altdeutschland erscheinenden Blatte kann der Eintritt in Elsaß-Lothringen untersagt werden. Des Weiteren kann die Ausweisung stattfinden nicht etwa von Franzosen und Elsaß-Lothringern, die nicht optirt haben, nein, es können auch Altdeutsche ausgewiesen werden, wenn sie durch ihre Thätigkeit Bedenken erwecken. Das geschah im August oder September 1884 zweien meiner Parteigenossen, die das schwere Verbrechen begangen hatten, als sie gehört hatten, daß ich in Offenburg sei, zu mir gekommen waren und einen Ausflug mit mir in die sächsische Umgegend gemacht hatten. Ein Spitzel hatte sie verrathen. (Hört, hört, links.) Weiter wurde etwa Ende März des letzten Jahres unsere socialdemokratische Zeitung, die elsass-lothringische „Volkzeitung“, verboten wegen eines Artikels, den sie über den verstorbenen Kaiser Wilhelm I. gebracht hatte, aber ohne daß auch nur die geringste Möglichkeit bestand, diesen Artikel vor den Strafrichter zu bringen. Als dann bald danach meine elsass-lothringischen Parteifreunde den Versuch machten, eine neue Zeitung ins Leben zu rufen, widerfuhr jener dasselbe Schicksal, ohne jede Angabe von Gründen wurde diese neue Zeitung verboten. Dazu kommen noch die Machtmittel, die man auf Grund der französischen Gesetzgebung gegen die Presse hat, die wirklich genügen, um Ausschreitungen zu treffen. Redner geht des Näheren auf die ungeheuerlichen Bestimmungen des alten französischen Pressrechts ein. Nennlich wie mit der Presse steht es auch mit den Vereinen und Versammlungen. Auch hier herrscht eine völlig antidemokratische Gesetzgebung. Bekannt ist die Affaire Feichter und die Auflösung des Feibelts-Bereichs, die die allgemeine Entrüstung hervorriefen. Der Polizeipräsident Feichter wurde schließlich mit Pension verabschiedet, aber die Vereinsauflösung ist nicht rückgängig gemacht worden. Er soll ja wieder rehabilitirt werden, der Herr Feichter, und Aussicht auf den Bezirkspräsidentenstuhl in Metz haben oder als Oberregierungsrat. Auf Beschwerden seitens von Vereinen oder anderen Leuten geht oft sechs Monate lang kein Bescheid ein. Unter den größten Ghitanen haben die Gastwirthe zu leiden. Für den Ruf „vive la France“ erhielt ein Elsaß-Lothringer ein Jahr Gefängniß. Das ist doch exorbitant! Kurzum, es besteht in Elsaß-Lothringen ein Zustand, der eines Kulturstaats unwürdig ist, der Reichstag hat die Pflicht, soweit es an ihm liegt, diesem Zustande ein Ende zu machen. Wie kann man sich nur vorstellen, daß eine so behandelte Bevölkerung sich ausöhnt mit der Veränderung ihrer Verhältnisse gegen früher, wenn jeden Tag dieser Bevölkerung zugerufen wird, daß sie Deutsche seien und dritter Klasse sind, daß sie wie ein fremdes erobertes Land behandelt werden. (Sehr richtig, links.) Als Savoyen und Nizza von Frankreich annectirt wurden, bekamen sie keine Ausnahmegesetzgebung und über die Schandherrschaft Dänemarks gegenüber Schleswig-Holstein schrieb man Jeter und Nordio. Die Herren in meiner Nachbarschaft, auf der einen Seite Herr von Bötticher, auf der andern Herr von Köller, bestreiten die misslichen Verhältnisse des Reichslandes. Natürlich müssen sie sie bestreiten. Wie sollen sie sonst den Dictatur-Paragraphen rechtfertigen? Sie werden aber vielleicht die Mehrheit überzeugen, daß sie Recht haben. (Zuruf rechts.) Herr von Buchta ist schon im Voraus überzeugt. (Weiterkeit.) Bei den heute vorhandenen Dictaturgelüsten in Altdeutschland degreife ich es wohl, daß es Viele giebt, die nicht verstehen können, wie wir die Aufhebung der Dictatur für Elsaß-Lothringen verlangen können. Für uns kann das nicht maßgebend sein. Wir haben unter dem Dictatur-Paragraphen die besten Erfolge in Elsaß-Lothringen erzielt. Unsere Stimmenzahl ist dort gestiegen wie in keinem anderen Bezirk Deutschlands. Das haben Sie nicht verhindern können, wie Sie Ihre Gesellschaft mit Ihrer Umfuhrgelage auch nicht retten können. Geben Sie sich doch keiner Selbsttäuschung hin. Das war nicht der Grund zur Einbringung unseres Antrages. Wir sagten uns, ehe wir die Rechte der übrigen Deutschen zu erweitern suchen, wollen wir verlangen, daß die Rechte, die wir jetzt schon haben, im vollen Maße denen zu Theil werden, die sie noch nicht besitzen. Ob unser Antrag ihren Beifall findet oder nicht, das konnte uns nicht abhalten, ihn zu stellen, wird uns gegebenen Fall nicht abhalten, ihn wiederholt einzubringen. Wir wollen, daß endlich die wiedergewonnenen deutschen Brüder in die Lage kommen auch wirklich als deutsche Brüder sich zu fühlen und das kann nur geschehen, wenn Sie die Ausnahmezustände beseitigen, sie zu vollberechtigten Deutschen

machen, wenn Sie mit einem Wort die Dictatur aufheben. (Bravo bei den Socialdemokraten.)

Reichskanzler Fürst Hohenlohe: Ich bin neun Jahre Statthalter in Elsaß-Lothringen gewesen und man wird von mir nicht sagen können, ich sei ein Tyrann gewesen. Ich will deshalb auf Einzelheiten nicht eingehen, sondern beschränke mich den Ausführungen des Redner gegenüber auf einige allgemeine Bemerkungen. Das Gesetz von 1879 wurde zu einer Zeit erlassen, als in Elsaß noch abnorme Zustände herrschten. Das ist inzwischen anders geworden, der Dictaturparagraph hat nur noch eine theoretische Bedeutung. (Wachen links.) Gleichwohl halte ich seine Aufhebung jetzt nicht für rathsam. Die elsass-lothringische Bevölkerung ist im allgemeinen loyal und arbeitsam, aber wir müssen Rücksicht nehmen auf eine gewisse Agitation. Diese geht nicht von der französischen Regierung aus, die sich jederzeit loyal gezeigt hat. Auch ich wünsche dringend, daß die elsass-lothringische Bevölkerung der übrigen deutschen gleichgestellt werde. Dazu aber gehört, daß sie zunächst den erwähnten fremden Einwirkungen entzogen wird. So lange dies nicht der Fall, muß ich Sie bitten, den Antrag abzulehnen. (Beifall rechts.)

Abg. Guerber (Soz. auf der Tribüne schwer verständlich) weist den Reichskanzler, der dem Dictaturparagraphen nur noch eine theoretische Bedeutung beimesse, darauf hin, daß alle Theorie grau sei. Es sei auch ein Widerspruch, wenn die Dictatur nur so als Warnungstafel hingestellt werde, während der Reichskanzler im selben Athemzuge erkläre, sie sei nicht zu entbehren. Sie sei ja auch in einer Reihe von Fällen thatsächlich angewendet worden, man habe Personen ausgewiesen und Zeitungen unterdrückt, man habe, wo es ging, Elsaß-Lothringer chicanirt. Und das, während man anerkenne, die Elsaß-Lothringer seien ein leicht zu regierendes Volk. Da sollte man ihnen doch nicht beständig den Popanz der Dictatur vor Augen halten. Als der jetzige Reichskanzler nach Berlin überfiedelte, hegte man die Hoffnung, er würde uns bald von den Ausnahmegeetzen befreien, das scheine leider nicht einzutreffen. Aber man sollte doch nicht vergessen, daß die Dictatur viele Leute mißtrauisch und unzufrieden werden, und daß diese Leute dann leicht in die Reihen der Partei des Herrn Bebel gehen. Für einzelne Agitationen aus dem Auslande könne man die Elsaßer nicht verantwortlich machen, auch das sei nur ein Scheingrund, den er nicht gelten lassen könne.

Staatssecretär für Elsaß-Lothringen v. Puttkamer: Ich kann mich nach den Erklärungen des Herrn Reichskanzlers auf eine kurze Nachlese beschränken. Der Redner stellt es so dar, als seien die Verhältnisse bei uns ganz harmlos; das ist aber nicht der Fall. Die Einwirkungen vom Auslande sind heute noch ganz bedeutend. Hunderttausende von Elsaß-Lothringern, die nach Frankreich gegangen sind, unterhalten zahllose Häden nach der Heimath, Presse und Literatur thun das Ihrige, um die Agitation nicht einschleifen zu lassen. Es giebt allein mindestens 47 Vereine von elsass-lothringischen Emigranten, wahrscheinlich aber mehr in Frankreich. Mögen diese Vereine auch nominell Wohlthätigkeitszwecke verfolgen, so unterliegt es doch keinem Zweifel, daß sie bedeutende Mittel aufwenden, um Beziehungen zu Elsaß-Lothringen zu unterhalten und die künftige Gestaltung in ihrem Sinne vorzubereiten. Eine Gesellschaft hat für diesen Zweck bereits 3 Millionen Francs aufgewendet und es werden in Frankreich wieder Schriften verbreitet, welche den Zweck haben, die Emigration nach Frankreich zu fördern und die Gesundung der Verhältnisse zu verhindern, indem die alten Wunden immer weiter aufgerissen werden. Deshalb hat man auch eine Föderation des sociétés alsaciennes-lorraines in's Leben gerufen, die einfach die elsass-lothringische Propaganda unter ihre Leitung genommen und den einzelnen Vereinen vorgeschrieben hat, daß keine andere Frage erörtert werden dürfe als die der Revendication, d. h. der Wiedererlangung von Elsaß-Lothringen. Demgegenüber müssen wir die Augen offen halten, um so mehr, als sich neuerlich noch eine Gesellschaft gebildet hat, welche die Propaganda in noch schärferer Form betreiben will. Die elsass-lothringische Bevölkerung bedarf sicher an sich der Ausnahmegeetze nicht, aber den Einwirkungen gegenüber, die sich, gestützt auf tausendfache verwandtschaftliche und sociale Beziehungen, ihr gegenüber geltend machen, müssen wir eine Waffe haben. Der Dictaturparagraph ist übrigens gar kein solcher, er besteht in ähnlicher Form auch in anderen Ländern und besteht vor allem auch unter der französischen Regierung in Elsaß-Lothringen. Ferner haben ähnliche Bestimmungen Württemberg und Hessen. Sie kann demnach nicht so unerhört sein, wie Herr Bebel es darstellte. Sie verliert auch viel von der angeblichen Ungeheuerlichkeit, wenn man bedenkt, daß sie nur angewendet werden darf, wenn eine Gefahr für das deutsche Reich vorliegt, wenn man ferner bedenkt, daß der Reichstag uns über jede Anwendung des Dictatur-Paragraphen hier öffentlich zur Rechenschaft ziehen kann. Das haben Sie denn auch verschiedentlich gethan, und wir haben Ihnen Rede gestanden. Ein Antrag auf Aufhebung des Dictaturparagraphen wurde danach auch, da er keine Aussicht auf Annahme hatte, zurückgezogen. An der Unzufriedenheit gewisser Kreise in Elsaß-Lothringen hat nicht der Dictaturparagraph schuld, sondern die Agitatoren, die den Elsaß-Lothringern beständig sagen: Ihr steht unter Ausnahmegeetzen, Ihr seid Staatsbürger zweiter oder dritter Klasse. Der einzige Ausnahmezustand, den ich anerkenne, ist die staatsrechtliche Stellung zum Reich, die auch diese Debatte nur ermöglicht hat. Wäre sie nicht, so hätten die Herren Bebel und Guerber ihre Reden nicht hier halten können. Ersterer nannte unser Parlament ein Rentnerparlament. Er vergißt aber, daß dieses auf Grund des allgemeinen gleichen Wahlrechts und in geheimer Abstimmung gewählt wird. Darin ist doch Elsaß-Lothringen allen deutschen Bundesländern voraus. Ich gehe auch heute auf Einzelheiten, welche vorgebracht sind, hier nicht ein, sondern behalte mir das für die Sitzungen des Landesausschusses und der Bezirksauschüsse vor. Ich muß aber der Hauptaufgabe widersprechen, daß die Zeitungsredactoren von

dem Dictaturparagraphe besonders zu leiden hätten, daß die Pressefreiheit bei uns bedroht sei. Sie mögen sich von dem Gegentheil selbst in einem Bündel elsass-lothringischer Zeitungen, das ich dem Bureau des Hauses übergeben habe, überzeugen. Jene Behauptung muß ich als eine grenzenlose Uebertreibung zurückweisen. Abg. Bebel braucht sich ferner mit dem Fortschreiter seiner Partei nicht zu brüsten; er ist zu seinem Mandat in Straßburg nur durch die Hilfe der Reste der ehemaligen Protektion gekommen. Bei den Wahlen zu den Bezirkstagen sind die Socialdemokraten trotz des allgemeinen und geheimen Stimmrechts fast überall unterlegen. Schließlich halte ich mich als Vertreter der elsass-lothringischen Regierung für verpflichtet, die Neuheit vom Abg. Colbus gegen die Straßburger theologische Universität vorgebrachten Vorwürfe zurückzuweisen, für die auch nicht der Schimmer eines Beweises beigebracht worden ist. Ich muß ferner der genannten Herrn Behauptung zurückweisen, daß in unseren Schulen ungenügender Religionsunterricht und dieser in deutscher Sprache erteilt werde. Diese kommt nur da zur Anwendung, wo so krasse Dialectmischungen vorhanden sind, daß man nicht einen Einzelnen herausgreifen kann. Im Uebrigen wird bei uns der Religionsunterricht durchweg in französischer Sprache erteilt. Ich schließe mit der Bitte, im Anschluß an die Ausführungen des Herrn Reichskanzlers und die meinigen die Anträge als zur Zeit durchaus nicht der Situation entsprechend abzulehnen. (Lebhafter Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Lieber (Centr.): Ich will auf die einzelnen Ausführungen des Staatssekretärs nicht näher eingehen. Aber es wären mir aus dem Ton derselben ein Hauch des Dictaturparagraphe zu wehen. Ich halte mich an die Anträge. Wir verlangen von den Elsas-Lothringern die rückhaltlose Anerkennung des durch den Frankfurter Frieden geschaffenen Zustandes. Aber wir müssen ihnen das erschaffen, indem wir ihnen gleiches Recht mit den anderen Bundesstaaten einräumen. Jedes Ausnahmegesetz verhindert die völlige Amalgamierung des Reichslandes mit dem übrigen Deutschland. Für mich ist der Dictaturparagraphe aber zweifellos eine Ausnahmebestimmung, und er wird als solche vor Allem von der elsass-lothringischen Bevölkerung auch empfunden. Daran ändert es nichts, wenn der Staatssekretär ähnliche Bestimmungen in anderen deutschen Verfassungen aufzählt. Da konnte man ja schließlich auch noch auf die mecklenburgische Verfassung hinweisen. (Heiterkeit.) Man behandle die Elsas-Lothringern nicht mehr nach französischem, sondern nach deutschem Recht, dann werden sie auch deutsch werden. Daß Einwirkungen von außen stattfinden, gebe ich zu. Aber die neuesten Vereinsgründungen in Frankreich werden wohl darauf zurückzuführen sein, daß Herr Delannoy und Genossen uns dadurch nöthigen wollen, die Dictatur abzuschaffen, weil sie der durch sie verursachten Unzufriedenheit bedürfen. Deshalb kann das Schauergeräusch des Staatssekretärs auf das Parlament keinen Eindruck machen. Wir können ihm zu rufen: Bangemachen gilt nicht. Ich erkenne an, daß der Reichskanzler trotz des Dictaturparagraphe in Elsas-Lothringen viel zur Beruhigung beigetragen hat. Aber es wäre doch eine schöne Aufgabe für ihn, nun von hier aus dem Lande die Herr der Dictaturparagraphe abzuschaffen. Dadurch wird er seinen Nachfolgern die Fortführung seines Werkes erleichtern. Wir werden jedenfalls für die Aufhebung des Dictaturparagraphe stimmen. (Beifall im Centrum und links.)

Abg. Dr. Doeffel (Reichsp.): Auch ich muß mich für die Aufhebung des Dictaturparagraphe aussprechen. Dieselbe würde im Lande und nach außen nur den besten Eindruck machen, und ich bin der Meinung, man könnte unter heutigen Verhältnissen mit dem gemeinen Recht ganz gut auskommen. Man thue jedenfalls gut, den allenthalben in Elsas-Lothringen laut gewordenen Wünschen Rechnung zu tragen und die dictatorische Gewalt zu beseitigen.

Abg. Bucher (Zoc.) bezeichnet es als sehr auffällig, daß sich die Regierung bei der Beratung dieses Antrages auf Material beruht, das sich auf Hauptmännliche Agitationen aus der jüngsten Zeit beziehe. Man habe es noch in Elsas-Lothringen nicht sehr gut verstanden, solchen Agitationen entgegenzutreten. Im Lande wisse man auch von den Agitationen nichts. Von der französischen Dictatur und Presse komme ja auch bezüglich wenig nach Elsas-Lothringen. Die Auswanderung nach Frankreich sei gering, wo sie vorkomme, aber eine Folge der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse. Der jetzige Unterrichtssecretär Herr von Sulach habe früher sich im Landesausschuß auch dahin geäußert, daß man im Lande von Hauptmännlichen Agitationen nichts wisse. Herr von Pantner habe bemerkt, die Sache sei Angelegenheit des Landesausschusses; kommt man aber dort auf den Dictaturparagraphe zu sprechen, dann werde immer gesagt, dieser gehe den Landesausschuss nichts an, sondern den Reichstag. Redner führt alsdann eine Reihe von Fällen an, in denen Vereine und Zeitungen auf Grund des Dictaturparagraphe gemindert worden seien, weil sie socialdemokratischer Betreibungen verdächtig gewesen. Damit hindere man das Wesen der Socialdemokratie freilich nicht, sie werde bei den nächsten Wahlen auch von Elsas-Lothringern mit mehr Vertretern in der Reichstag senden. Das allgemeine und geheime Stimmrecht bei den reichslandständigen Wahlen sei nicht eine Errungenschaft der deutschen, sondern eine Folge der französischen Gesetzgebung; wußte hätte man es früher nicht eingeführt. Daß Bebel nur mit Hilfe der Protektion in Straßburg gewählt worden sei, sei unbegründet. Wäre das Stimmrecht nicht längst und die Socialdemokratie würde es sehr bald kurz und klein bringen. Man müsse den Elsas-Lothringern endlich zeigen, daß man sie der Gleichstellung für werth erachte, von welcher man früher so viel gesprochen. Aber man wolle die reichslandständige Bevölkerung gar nicht deutsch machen, verprezogen wolle man sie. Deshalb muß lauter prägnante Beamte, und werde einmal ein Subdekanat hingedacht, dann habe er früher die prägnante Schule durchgemacht. Im Interesse der reichslandständigen Bevölkerung sei der Antrag gestellt, er bitte ihn anzunehmen.

Darauf wird die Weiterberatung vertagt.
Nächste Sitzung: Donnerstag 2 Uhr (Fortsetzung der heutigen Debatte, Revolle zur Straßburger Zeitung).
Sitzung 5 1/2 Uhr.

Die Reichstags-Commission zur Vorberatung der Umsturzvorlage trat heute Vormittag 10 Uhr wieder zu einer Sitzung zusammen.

Die Debatte über § 111a wird fortgesetzt.
Abg. Spahn begründet einen Antrag des Centrums auch die §§ 166 und 167 (Bergehen die sich auf die Religion beziehen) des Schutzes des § 111 theilhaftig zu machen.
Abg. Hüpeden (deutschcon.) ist gegen die Aufnahme der §§ 166 und 167 in die Vorlage. Allerdings würde eine präzisere Fassung des § 166 nicht schaden in Rücksicht auf die confessionellen Streitigkeiten, die oft einen recht unerquicklichen Charakter annehmen. Besonders zu verurtheilen sei die Art und Weise, wie von katholischer Seite sehr häufig Alles kritisiert, ja geradezu beschimpft werde, was den Protestanten heilig sei.

Abg. Gneccerus (natl.) ist ebenfalls gegen den Antrag des Centrums. Auf Grund des § 166 könnten dann leicht höchst ungerechte Bestrafungen möglich sein; in denselben Maße wie die religiösen Anschauungen sich scheiden und gegenüberstehen. Religiöse Fragen dürfen der freien Discussion nicht entzogen werden, wenn auch die Beschränkungen zu verurtheilen seien. Würde der § 166 aufgenommen, so würde er den religiösen Frieden nicht vermehren, sondern Anlaß zu schlimmeren religiösen Streitigkeiten geben. Die §§ 166 und 167 hätten zudem einen zu kauschhaften Charakter.

Abg. Liebermann von Sonnenberg erkennt die Tendenz des Antrags als berechtigt an, ist aber geneigt, dagegen zu stimmen, da die Freiheit der wissenschaftlichen Kritik gewahrt werden müsse, besonders auch die antisemitische Falschkritik müsse frei sein.

Abg. Kintzien (Cir.) tritt geäußerten Bedenken entgegen. § 166 gehöre durchaus in den vom § 111 der Vorlage gezogenen Rahmen; seine Aufnahme würde durchaus dem Worte des Kaisers: „Kampf für Religion, Sitte und Ordnung“ entsprechen. Die Religion müsse besser geschützt werden, als das jetzt möglich sei. Redner gibt seiner Verwunderung Ausdruck, daß man auf conservativer und nationalliberaler Seite gerade vor diesem § Halt machen wolle. Abg. Hüpeden habe in durchaus ungehöriger Weise den Culturkampf in die Debatte getragen. Die vom Abg. Gneccerus vorgebrachten Gründe, die Paragraphe seien zu kauschhaftig, treffe doch auch für alle anderen Paragraphe zu, für welche die Herren bereits gestimmt haben.

Abg. von Buchta (deoni): Die Mehrzahl meiner Parteifreunde wird für den Antrag des Centrums stimmen. Abg. Hüpeden habe für sich vertheidigt gesprochen.

Abg. Sachem (Cir.): Der Antrag habe durchaus keine confessionelle Tendenz, durch seine Ablehnung constituire man die Ansicht, daß die Religion keines größeren Schutzes bedürfe.

Abg. Frhr. v. Strunem (Ab.) tritt für den Antrag ein — alle Contentionen müßten bei der Bekämpfung des Umsturzes zusammengehen.

Abg. Bebel (Zoc.): Es ist uns sehr interessant, daß ein Theil der Herren, die bisher die eifrigsten Vertheidiger der Vorlage waren, jetzt gegen den Antrag, wegen seiner zu kauschhaften Bestimmungen, sind. Die Herren sehen wohl ein, daß die Vorlage unter Umständen sich auch gegen sie selbst richten könne. Allerdings werde durch § 166 dem confessionellen Frieden nicht gedient, im Gegentheil, die confessionellen Streitigkeiten würden noch verhärtet werden, aber ohnehin würde durch die übrigen Bestimmungen der Vorlage der sociale Friede gefördert werden, das sollte man doch allerwärts bedenken. Die Socialdemokraten seien zuerst sehr geneigt gewesen, dem Centrum zu Hilfe zu kommen — nachdem aber die Abg. Buchta und Strunem den Antrag unterstützt hätten, würden die socialdemokratischen Mitglieder der Commission sich der Stimme enthalten.

Abg. Gneccerus (natl.): Würde der § 111 aufgenommen, so würde im Norden und in der Breite eine große Culturkampfbedrohung entstehen.

Abg. Lieber (Centr.): Die Aufnahme des § 166 sei die letzte Möglichkeit für den gerade in gegenwärtiger Zeit so notwendigen confessionellen Frieden. Gemeinlichste Vertheidigung des Soziallandes ist dringend geboten.

Abg. von Buchta (deoni): Im Kampfe gegen den Unglauben müßten alle rechtlichen Elemente zusammengehen.

Abg. Liebermann von Sonnenberg (Natl.): Es dürfte nicht möglich sein, daß die Falschkritik unter Strafe gestellt werde. Nationalen Socialdemokraten und Juden, die alle nicht auf dem Boden der christlichen Gesellschaft stehen, müßten durch Abschweifungen bekämpft werden.

Abg. Benzmann (natl. Zoc.) ist gegen den Centrumsantrag.

Bei der Abstimmung und der Communitätsantrag mit 16 Stimmen angenommen. Dagegen stimmen Abg. Hüpeden und Liebermann von Sonnenberg, die Freiwiliger und Nationalliberalen, während sich die Socialdemokraten der Abstimmung enthalten.

Nach ungewöhnlicher Debatte wird auch die Aufnahme des § 167 in den § 111a beschlossen.

Es folgt die Debatte, ob nach dem Antrag des Centrums der § 172 (Gehob.) in den § 111a aufgenommen sei.

Abg. Spahn begründet ihn mit der Heiligkeit der Ehe.

Abg. Benzmann spricht dagegen. In öffentlicher Versammlung sei der Ehebruch wohl auch zu bestrafen worden.

Abg. Hüpeden. Der Antrag kommt den Wünschen meiner Partei bei Volles entgegen. Die auf dem Theater ausgeführten Schandstücke seien zum Teil geringfügiger als die Ehe.

Abg. Frhr. von Strunem ist der gleichen Ansicht. Die Abg. Liebermann von Sonnenberg und Gneccerus erklären sich für die Aufnahme.

Die Aufnahme des § 172 in den § 111a wird mit großer Mehrheit beschlossen.

Die Debatte über die Aufnahme des Dictaturparagraphe mit ihrer Wichtigkeit wegen bis zur nächsten Sitzung vertagt.

Die Commission tritt in die Berathung über Aufnahme des § 242 (Diebstahl) ein.

Abg. Bebel (Zoc.) erklärt sich dagegen. Es sei doch der Fall möglich, daß der Diebstahl unter gewissen Umständen entschuldbar sei. Aus höheren moralischen Gründen müsse man oft auf die Seite dessen treten, der unter gewissen Verhältnissen strafbare Handlungen begehe. Redner erinnert an den heiligen Crispin, an die Briefe des Paulus. Diebstahl sei erlaubt bei Hunger. Die Erhaltung des Lebens stehe höher als das Recht des Eigenthums. Selbst wissenschaftliche Abhandlungen über die Ursachen des Diebstahls und Erklärung aus den gesellschaftlichen Verhältnissen heraus, würden dann strafbar sein. Wenn Anarchisten geradezu zum Diebstahl als Mittel zur Vernichtung der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung auffordern, so gehörten diese Leute ins Irrenhaus. Uebrigens sei ja die ganze anarchische Richtung nur ein Ausläufer der bürgerlichen Gesellschaft.

Geh. Rath von Sedendorf und Abg. Spahn widersprechen diesen Ausführungen.

Abg. Frhr. von Strunem erklärt, es müsse verhindert werden, daß der Diebstahl aus der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft heraus entschuldigt werde.

Abg. Bebel (Zoc.) sieht in dieser Bemerkung einen neuen Beweis dafür, daß die Vorlage hauptsächlich bezwecke, große geistige Strömungen zu unterdrücken.

Abg. Auer (Zoc.) constatirt, daß unsere Colonialschwärmer unausgesetzt alle möglichen Verbrechen, die zwecks angeblicher Förderung der Cultur in fernen Ländern begangen werden, verherrlichen.

Bei der Abstimmung wird mit großer Mehrheit die Aufnahme des § 242 in § 111a beschlossen.

Nächste Sitzung: Freitag 10 Uhr.

In der Reichstagscommission zur Vorberatung der Umsturzvorlage circulirte heute die folgende autographirte „Vorlage“:
„Einzig wirksame Umsturzvorlage!“

§ 1.
Les- und Schreibunterricht darf nur den Kindern erteilt werden, deren Eltern Prediger oder höhere Beamte sind oder deren Einkommen jährlich mindestens 10,000 Mt. beträgt.

§ 2.
Die allgemeine Schulpflicht wird auf Religionslehre und Hohenzollerngeschichte beschränkt, im übrigen wird sie aufgehoben.

§ 3.
Beschränkt wird ferner jede Unterrichtsertheilung auf die Geisteslichkeit.

§ 4.
Die Professoren der philosophischen Facultät werden vom Oberkirchenrath ernannt.

§ 5.
Behufs besserer Armenpflege erhält jeder Geistliche eine Zulage von 1000 Mark und wird die Civilliste um 3 000 000 Mark erhöht.

§ 6.
Auf je 1010 Einwohner wird eine Kirche oder Synagoge erbaut.

§ 7.
Fällt weg!

§ 8.
Es wird jährlich eine Staatsprämie von 10 Mark auf den dümmsten Menschen ausgesetzt.

Locales.

Breslau, den 31. Januar 1895.

— [Öffentliche Frauen-Versammlung.]
Die gestern Abend im großen Saale des Establishments „Deutscher Anonprinz“ stattgefundene öffentliche Frauen-Versammlung war ziemlich zahlreich besucht. Das Referat der Genossin Frau Emma Jhrer aus Belien über die „proletarische Frauenbewegung in politischer und gewerkschaftlicher Beziehung“ wurde mit großem Beifall aufgenommen. Zum Schluß gelangte eine im Sinne der Ausführungen der Messtrentin gehaltene Resolution einstimmig zur Annahme. Ferner wählte die Versammlung eine aus drei Frauen bestehende Commission, die sich insbesondere der Agitation unter den Frauen widmen soll. Näherer Bericht folgt.

— [Zur Pflasterung und Unterhaltung der öffentlichen Straßen und Plätze], sowie zur Anlage von Baumpflanzungen auf öffentlichen Straßen sollen im Etatsjahre 1895/96 aufgewendet werden 296,700 Mark zur Neupflasterung ungepflasterter Straßen etc., 134,135 Mark zur Unterhaltung der gepflasterten und ungepflasterten Straßen und Plätze einschließlich Verlegen von Klinksteinen, 52,715 Mark zur Unterhaltung der im Stadtbezirk befindlichen Hausstraßen, Landstraßen und des Scheiniger Parkweges und endlich 3000 Mark zur Bepflanzung öffentlicher Straßen mit Bäumen. In letzterer Beziehung hat der Magistrat auf Antrag der Promenaden-Deputation beschlossen, Straßen der Stadt, deren Fußwege mindestens eine Breite von 5—6 Meter haben, mit Bäumen zu bepflanzen. Das die Neupflasterung von Straßen im Jahre 1895 und zwar mit Granitsteinen 4. Klasse auf Schotterbetting betrifft, so sind folgende Straßen vom Magistrat in Aussicht genommen: die Hammerri von Schwandauerstraße bis zur Getreidehalle (veranschlagt auf 28,700 Mark), die Grünstraße von der Bornschützstraße bis Tauenzienstraße (29,000 Mark),

Abalberstraße von der Bessingbrücke bis Scheitnigerstraße (41,000 Mark), die Schubbrücke von der Kupferschmiedebrücke bis Ursulinerstraße (24,000 Mk.), die Rathblaserstraße von der Michaelisstraße auf 300 Meter Länge (58,000 Mark), die Kaiser Wilhelmstraße von der Sadomastraße bis Schillerstraße (54,000 Mk.), die Volbringer- und Kronprinzenerstraße (anteilige auf die Stadt entfallende Kosten 4500 Mark), zur Herstellung der Reit- und Promenadenwege für die neue Straße zwischen Köfchenstraße und Kaiser Wilhelmplatz 10,500 Mark. Mit Stampf-Asphalt auf Beton soll die Neue Taschenstraße von der Tauenzienstraße bis Oberschlesischen Bahnhof versehen werden. Die Kosten hierfür sind auf 47,000 Mark veranschlagt.

Außerdem beabsichtigt der Magistrat, bei der Stadtverordneten-Versammlung zu beantragen, aus Mitteln der Anleihe noch folgende Straßen zu pflastern: die Ohlauerstraße und zwar von der Taschenstraße bis Stadtgraben mit Asphalt, Uebergang über diesen bis Klosterstraße mit Steinen 4. Klasse (34,000 Mark), der Lehmbaum und zwar vor der königlichen Ober-Realschule mit Stampfasphalt auf Beton, im übrigen mit Granitsteinen auf Schotter (112,000 Mark). Im weiteren sollen 120,000 Mark aus dem Fonds für Zwecke des Marktverkehrs und für die Beseitigung grundfester Bauden zur Pflasterung der Straßen an der Universität bereit gestellt werden.

[Verkehrsstörung und Eisenbahnunfall.] Der 10 Uhr 3 Minuten Vormittags in Breslau fällige Personenzug aus Mittelwalde traf heute (nach der „Schles. Ztg.“) in Folge Schneetreibens mit 29 Minuten Verspätung ein und versäumte dadurch den Anschluß an den Tages Schnellzug nach Berlin. Der 9 Uhr 42 Minuten Vormittags in Breslau anlangende Schnellzug Wien-Oderberg-Breslau-Berlin ist nach einer Mitteilung von Reisenden auf österreichischem Gebiete in einen auf offener Strecke liegenden Güterzug hineingefahren, wobei die vier letzten Wagen des Güterzuges zertrümmert wurden. Auch die Locomotive des Schnellzuges erlitt erhebliche Beschädigungen. Der Durchgangswagen Wien-Berlin wurde von dem Umfalle nur wenig betroffen, so daß er die Fahrt fortsetzen konnte. Der Locomotivführer und der Heizer des Schnellzuges sprangen angesichts des unvermeidlich gewordenen Zusammenstoßes von der Maschine und kamen dadurch ohne weiteren Schaden davon. Dem Schlußschaffner des Güterzuges dagegen wurden beide Beine abgetrennt, und er starb unter den Händen eines ihm den ersten Verband anlegenden, zufällig unter den Reisenden des Schnellzuges sich befindenden Breslauer Arztes.

[Stadt-Theater.] Heute, Donnerstag, geht Delibes' komische Oper „Der König hat's gesagt“ in Scene. — Morgen, Freitag, gelangt Schiller's „Maria Stuart“ zur Aufführung. — In der Titeltrolle gastirt Fr. Fanny Wagner vom Stadt-Theater in Halle a. S., als Mortimer Herr Franz Kauer vom Deutschen Theater in Milwaukee.

[Lobe-Theater.] Heute, Donnerstag, findet, wie bereits bekannt gegeben, die erste Aufführung von Ludwig Fulda's vieractigem Lustspiel „Die wilde Jagd“ zum Benefiz von Herrn Willy Rohland statt. Letzterer ist in einer Hauptrolle beschäftigt, und die andern hervorragenden Rollen des Stückes sind durch die beliebtesten Kräfte des Lobe-Theater-Ensembles, wie Ida Müller, Elisabeth Baumbach, Clara Berg, Albert Patry, Julius Ries und Hermann Vallentin, vertreten.

[Concordia-Theater.] Heute, Donnerstag, geht der „Der Stabstrompeter“ zum letzten Male in Scene. — Morgen, Freitag, findet die erste Aufführung des fünfactigen Volksstücks „Eise vom Erlenhof“ von Staaf statt. — Das nächste Benefiz findet künftigen Mittwoch für Herrn Ernst Winkelmann statt, und zwar gelangt die Posse „Reise durch Berlin in 80 Stunden“ zur Darstellung.

[Stubenbrand.] Gestern Nachmittags kurz vor 5 Uhr schlugen helle Flammen aus den Fenstern einer im zweiten Stock Neuzasse Nr. 20 nach der Promenade zu gelegenen Wohnung. Das Feuer, das während der Abwesenheit des Wohnungsinhabers auf unauflöschliche Weise entstanden war, zerstörte zunächst die Gardinen, bei dem Eintreffen der Feuerwehr fand fast die ganze Zimmereinrichtung in Flammen. Das Feuer wurde durch Angriff von einem Schlauchgang gelöscht, immerhin weilte die Feuerwehr eine Stunde an der Brandstätte. Sehr bedeutend ist der durch das Feuer entstandene Schaden.

[Aus Amerika.] Ein ungefähr 50 Jahre alter Mann und ein 6-jähriges Mädchen irrten am Montag Nachmittags auf der Neuen Schweidnitzerstraße

umher. Der Mann konnte fast gar nicht sprechen, dagegen war aus den in englischer Sprache gehaltenen Aeußerungen des Kindes zu entnehmen, daß beide aus Chicago kommen, angeblich Pauline, bezw. Bernhard Springer heißen und eine hier wohnende Verwandte, Namens Vrieg, Brud oder Vork, aufsuchen wollen. Da der Mann nicht sprach, wurde er zu seiner Sicherheit einer Krankenanstalt zugeführt, während das Kind bei einem Gartenstraße 46c wohnenden Kaufmann untergebracht wurde.

[Eindbruchsdiebstahl.] In der Nacht zum 27. d. M. wurde auf der Neuschstraße in ein Geschäft eingebrochen und hierbei für etwa 10 Mark Schokolade, mehrere Flaschen Cognak und Wein, einige Packete Kaffee und aus der Ladenkasse ein Betrag von 6 bis 7 Mark gestohlen.

[Ein Schlafstellendieb] hat hier in den letzten Tagen sein Unwesen getrieben. Es wird hierüber berichtet: Am 26. d. Mts. mietete ein etwa 18 Jahre alter Burche bei einer auf der Schmiedebrücke wohnenden Tischlerwitwe eine Schlafstelle. Am 28. d. Mts. Abends, verschwand der junge Mann plötzlich und nahm eine seiner Wirtin gehörende Damenuhrkette und 5 Pfandscheine im Werthe von 30 Mark mit. Gleichzeitig entwendete er einem dort wohnenden Sattler einen schwarzen Anzug im Werthe von 65 Mark, in dessen Taschen 2 Sigarettenetuis und Papiere auf den Namen Michaela Steien, ferner ein Schildpattpincenez, 2 Chemisets und einen Kragen. Der Dieb hatte sich Gyser genannt und angegeben, in Gräbchen als Kellner bedienstet zu sein. Diese Angabe hat sich jedoch als falsch herausgestellt. Der Dieb war schlank, bartlos und hatte blondes Haar. Bekleidet war er mit schwarzem Tuchanzug, blauem gestreiftem Hemdkleid, Samaschen und schwarzem Hut. Die entwendeten Pfandscheine lauteten auf den Namen Klesse.

[Ein diebischer Haushälter] ist am Montag festgenommen worden. Er war in einer hiesigen Weinhandlung in Stellung und soll dort eine größere Menge Cigarren und aus der Ladenkasse wiedertollt Geldebeträge gestohlen haben.

[Polizeiliche Nachrichten.] Verhaftet wurden am 29. d. Mts.: 66 Personen. — Abgehenden gekommen: ein Zwanzigmarsstück, eine Damenuhr Nr. 14402, ein Geldbeutel mit 7 Mark, ein Portemonnaie mit 84 Mark und ein Paar Kinderunterbeinkleider. — Gefunden: ein Pelztragen, ein Taschenmesser und ein Pfandschein

Schlesien.

S. Gahnau. Am 24. Januar fand im Gasthof zum „Goldenen Löwen“ eine öffentliche Versammlung für Frauen und Männer statt, in welcher die Genossin Frau Emma Threr über die „Proletarische Frauenbewegung in politischer und wirtschaftlicher Beziehung“ referirte. (Ueber dieses Thema ist in letzter Zeit bereits mehrfach in der „Volksmacht“ ausführlich berichtet worden, wir nehmen deshalb hier davon Abstand.) Das Referat wurde sehr beifällig aufgenommen. Hierauf gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme: Die heut im „goldenen Löwen“ tagende öffentliche Versammlung für Frauen und Männer, erklärt sich mit den Ausführungen der Referentin einverstanden und hält die von der socialdem. Fraction eingebrachten Initiativ-Anträge für dringend notwendig. Den Genossinnen und Genossen wird es zur Pflicht gemacht, für die Ausbreitung der proletarischen Frauenbewegung rege zu agitiren und für Aufklärung und Organisation der Arbeiterinnen zu sorgen. Mit einem Hoch auf die internationale Socialdemokratie wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen. Die Früchte derselben für die proletarische Frauenbewegung werden hoffentlich nicht ausbleiben.

Oppeln, 30. Januar. Schulverhältnisse. Zur Zeit bestehen im Regierungsbezirk Oppeln 35 Schulaufsichtsbezirke, welche im Hauptamt verwaltet werden; von den betreffenden Kreisinspectoren sind 5 evangelisch und 30 katholisch. Zu ihren Aufsichtsbezirken gehören 1180 Schulkoln mit 1355 Schulen und 4574 Schulklassen. 1296 Schulen sind öffentliche, 59 private, 139 evangelisch, 1150 katholisch, 10 jüdisch und 56 paritätisch. Von den vollbeschäftigten Lehrkräften des Bezirks sind 376 evangelisch, 3453 katholisch und 37 jüdisch. — Außerdem werden drei Schulaufsichtsbezirke im Nebenamte verwaltet, zu denen 57 evangelische und 4 jüdische Schulen mit 125 Schulklassen gehören, in welchen als vollbeschäftigt 103 evangelische und 5 katholische Lehrer fungiren: 54 dieser Schulen sind öffentliche und 7 private.

Gerichtliches.

In Bezug auf § 130 des Strafgesetzbuchs: Wer in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewaltthätigkeiten gegen einander öffentlich anreizt, wird mit Geldstrafe bis zu 600 Mark oder mit Gefängniß bis zu 2 Jahren bestraft. — hat das Reichsgericht, II. Strafsenat, durch Urtheil vom 29. Juni 1894 ausgesprochen, daß unter den „verschiedenen Klassen der Bevölkerung“ in der Regel Personentreife zu verstehen sind, die sich in Folge der gesellschaftlichen Gliederung von anderen abgegrenzt haben; jedoch kann auch eine Gliederung nach anderen Gesichtspunkten, beispielsweise nach übereinstimmenden Bestrebungen und Interessen die Her-

stellung verschiedener Bevölkerungsklassen betreffen, vorausgesetzt, daß zur Zeit der That die unter sich verbundenen Mehrheiten und die Unterschiede schon vorhanden sind, nicht erst vom Thäter aufgestellt werden, und daß sie eine einigermaßen sichere Abgrenzung der Personentreife zulassen. — In einer Urtheilsschrift, einem Gedicht, hatte B. die Bestlofen, die Arbeiter, in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise zu Gewaltthätigkeiten gegen die Brotertheuerer, gegen diejenige Bevölkerungsklasse, zu deren Gunsten die Brotertheuerung wirkt“ öffentlich angezettelt. B. wurde von der Strafkammer aus § 130 Str.-G.-B. verurtheilt. Auf die Revision des Angeklagten hob das Reichsgericht das erste Urtheil auf, indem es begründend ausführte: „Der Revision wird dahin beigetreten, daß unter den „verschiedenen Klassen der Bevölkerung“ in der Regel Personentreife zu verstehen sind, die sich in Folge der gesellschaftlichen Gliederung von anderen abgegrenzt haben. Die Revision irrt aber, wenn sie einseitig die gesellschaftliche Gliederung betont und eine Gliederung nach anderen Gesichtspunkten, beispielsweise nach übereinstimmenden Bestrebungen und Interessen, grundsätzlich außer Betracht gelassen wissen will. Nothwendige Voraussetzung ist nur, daß zur Zeit der That die unter sich verbundenen Mehrheiten und die Unterschiede schon vorhanden sind, nicht erst vom Thäter aufgestellt werden, und daß sie eine einigermaßen sichere Abgrenzung der Personentreife zulassen. Mit dieser Auffassung steht auch das Urtheil des Reichsgerichts vom 4. Januar 1892 im Einklang. Indem dasselbe ausführte, daß man unter „Klassen der Bevölkerung“ wesentlich die auf dem Boden der Gesellschaft emporgewachsenen Gliederungen des Volksganzen habe begreifen wollen, schließt es die Möglichkeit nicht aus, daß unter besonderen Umständen in der Bevölkerung Klassenunterschiede hervortreten können, die sich nicht auf eine gesellschaftliche Gliederung zurückführen lassen. . . Welche Personentreife unter den „Brotertheuerern“ und unter „derjenigen Bevölkerungsklasse, zu deren Gunsten die Brotertheuerung wirkt“, gemeint sind, ist aus dem Urtheile nicht zu ersehen; es ist nicht einmal angedeutet, welche Maßregel nach Ansicht des Richters oder des Angeklagten eine Brotertheuerung verursacht haben soll. Man wird daher zu der Annahme gedrängt, daß der erste Richter an eine Klasseneinteilung gedacht habe, welche, der Phantasie des in Frage stehenden Gedichts entsprungen, in den Erscheinungen des wirklichen Lebens keinen Anhalt findet.“

Neueste Nachrichten.

Bremen, 30. Januar. Ein furchtbares Schiffsunglück wird von hier gemeldet. Heute Morgen 6 Uhr collidirte in der Nordsee der gestern von Bremen nach New-York abgegangene Schnelldampfer „Elbe“ des Nordd. Lloyd mit einem bisher unbekannt gebliebenen Dampfer und sank so rasch, daß nur zwei Boote ausgelegt werden konnten, von denen eines sofort umschlug, so daß von den gesammten Passagieren wie von der Mannschafft nur 22 Personen sich retteten. Weit über zweihundert Personen sind ertrunken. Nähere Mittheilungen über das entsetzliche Ereigniß stehen noch aus. Der Zusammenstoß ereignete sich in der Nähe der englischen Küste, nicht weit von Lowestoft.

Spätere Mittheilungen besagen, daß von den etwa 190 Passagieren und 165 Mannschaffen 20 Personen gerettet worden sind, so daß circa 325 Personen ihren Tod in den Wellen fanden. Ein kleiner Kohlendampfer „Cratic“, 470 Tonnen, soll mit der „Elbe“ zusammengestoßen sein und das furchtbare Unglück herbeigeführt haben. Auch ein Breslauer, Herr Regisseur Baumann, befand sich unter den Passagieren der „Elbe“.

Wien, 30. Januar. Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Sofia: Die parlamentarische Untersuchungskommission beschloß über den unbeweglichen Besitz Stambulows die Sperre zu verhängen. Die Verwaltungsbehörden geben dem Beschlusse Folge.

Neapel, 30. Januar. Die hiesige Universität wurde in Folge von Unruhen der Studenten geschlossen.

Berlin, 30. Januar. Kammer. Beernaert wurde mit 91 Stimmen der Rechten zum Kammerpräsidenten gewählt gegen 46 Stimmen der Linken; welche der bisherige Präsident de Vantsheere erhielt. Beernaert bebauerte, daß de Vantsheere das Präsidentenamt niedergelegt habe und beklagte, daß die aus dem allgemeinen Stimmrecht hervorgegangene Kammer bisher nichts Besonderes geleistet habe. Er ersuchte alle Mitglieder, persönliche Auseinandersetzungen zu vermeiden, sich ihres Patriotismus und der Größe ihrer Aufgabe zu erinnern, um mit Hilfe der Vorsehung (!) das Werk des socialen Fortschrittes, das 1886 begonnen worden sei, zu gutem Ende zu führen. (Beifall rechts).

München, 29. Januar. Der Senat des Gerichtshofes, vor dem der Anarchistenproceß anhängig ist, sind von den Anarchisten Drohbriefe zugesandt worden.

Christiania, 30. Januar. Heute Nachmittags fand eine Sitzung des Staatsrathes statt, in welcher zumeist Sterchingsangelegenheiten berathen wurden. Morgen folgt eine weitere Sitzung. — Von unterrichteter Seite wird versichert, das Cabinet werde am Schluß der morgigen Sitzung des Staatsrathes demissioniren.

London, 30. Januar. Nach den soeben veröffentlichten Jahresberichten hat England im Jahre 1894 große Verluste im Kohlenbetrieb erlitten. Die im Jahre 1893 weniger gewonnenen 18 Millionen Tonnen sind nicht eingeholt worden. Die Lage des Kohlenmarktes sei ungünstig.

Washington, 30. Januar. Das Repräsentantenhaus hat mit 239 gegen 31 Stimmen die Vorlage, welche den Zuckerdifferentialzoll aufhebt, unbenändert angenommen.

Rio de Janeiro (Brasilien), 30. Januar. Gestern Abend veranstalteten die sogenannten Jacobiner stürmische Kundgebungen. Die Truppen blieben die Nacht über unter Waffen. Der Polizei gelang es, die Menge auseinander zu treiben. Bei den wiederholten Zusammenstößen wurden mehrere Personen verwundet. Heute Abend wollten die Jacobiner noch stärker vorgehen. Die Lage ist ernst geworden. Die Kundgebungen gelten zunächst der Zeitung „Jornal do Brazil“ (Brasilianische Zeitung), die ausführliche Schilderungen der während der Revolution hegemonen Ausschreitungen veröffentlichte, die Feindseligkeiten richteten sich aber im weiteren Verlaufe auch gegen die Regierung.

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 29. Januar.

Eheschließungen. I. Kaufmann Michael Elson, jüd., mit Emma Feibich, ev. hier. - II. Hauswirtschafter Franz Scholz, kath., mit Emilie Gläser, kath., hier. - Kutser Franz Schwante, kath., mit Susanna Paulis, kath., hier. - Kutser Wilhelm Jedler, kath., mit Marie Kaplan, ev., hier. - Bildhauer Gustav Cursig, ev., Berlin, mit Charlotte Disting, ev., hier. - Eisstellerei-Berwalter Eduard Red, ev., mit Martha Kales, ev., hier. - III. Bahnarbeiter Josef Kadig, kath., mit Anna Schmidt, kath., hier. - Kaufmann Carl Koppelt, kath., mit Rosalie Glag, kath., hier. - Badermeister Max Weisler, kath., mit Anna Menzel, kath., hier. - Schiffseigenhümer Friedrich Krüger, ev., mit Helene Jürns, geb. Weber, ev., hier.

Vom 30. Januar.

Heiraths-Ankündigungen. II. Schriftfeger Gustav Junge, kath., Delsnerstraße 13, und Maria Jacob, kath., Grünstraße 28. - III. Handschuhmacher Otto Gallasch, kath., Mattheusstraße 67, und Bertha Scholz, ev., Firschtstraße 69. - Maschinenheizer Johannes Langer, kath., Schiefwerderstraße 57, und Ida Zimmermann, kath., Vincenzstraße 1. - Fleischermeister und Wurstfabrikant Wilhelm Mosig, ev., Alt-Sauerbrunn, und Martha Mosig, ev., Wörtherstraße 1.

Eheschließungen. Dienstmann Wilhelm Krens, ev., mit Emilie Gellert, ev., hier. - II. Stellmacher Paul Wörz, kath., mit Martha Pietsch, kath., hier. - Bahnarbeiter Josef Weigert, kath., mit Hedwig Hanke, kath., hier. - Zimmermann Max Kraus, kath., mit Emma Bartel, kath., hier. - Schmied Wilhelm Langner, ev., mit Ernestine Kutsche, kath., hier. - III. Rgl. Schutzmänn Carl Cipa, kath., mit Emma Pusch, geb. Stark, ev., hier.

Geburten. II. Comptoirbedienter Josef Brinzel, kath., S. - Markthelfer Heinrich Quitschalle, ev., S. - Kaufmann Theodor Gühmann, kath., S. - Weichensteller Wihl. Mücke, ev., S. - Haushälter Heinrich Seidel, ev., S. - Arbeiter Augustilian, ev., S. - Schmied Franz Smolka, kath., S. - Tischlermeister Wilhelm Heidorn, ev., S. - Haushälter Paul Fuhrmann, ev., S. - Schuhmachermstr. Hermann Heimlich, kath., S. - Tischler Marcell Manak, kath., S. - Maschinenbauer Carl Peters, ev., S. - Arbeiter Robert Koch, ev., S. - Telegraphenarbeiter Heinrich Schwarzer, kath., S. - Schmied Ernst Schaal, ev., S. - Kunstgärtner Gustav Scharff, ev., S. - Schlosser Emil Franke, kath., S. - Arbeiter Paul Wenzle, kath., S. - Maurer Gustav Neumann, ev., S. - Gasanstaltsarbeiter Rudolf Preuß, ev., S. - Schlosser Otto Hildebrandt, ev., S. - Arbeiter Josef Stodto, kath., S. - Schuhmacher August Prach, kath., S. - Handelsmann Benedikt Kahlert, kath., S. - Schwinmlehrer Paul Kubel, ev., S. - Schmied Wilhelm Hübner, kath., S. - Schuhmacher Heinrich Fischer, kath., S. - Edpfer Paul Panke, kath., S. - Polizei-Bureau-Diätar Otto Richter, ev., S. - Kaufmann Carl Weitz, kath., S. - Haushälter Gustav Fröhlich, ev., S. - Schneidermeister Ernst Hans, ev., Zwillinge (S.). - Drechsler Robert Feder, ev., S. - Bureaugehilfe Richard Paul, ev., S. - II. Schiffseigentümer Wilhelm Karjunte, ev., S. - Hausdienter Maximilian Gentschel, ev., S. - Uhrmacher Max Liebtanz, kath., S. - Schriftfeger Curt Czenczed, ev., S. - Zeichenlehrer Paul Gyner, ev., S. - Brauer Hermann Bruner, ev., S. - Kutser Carl Kittas, kath., S. - Zeug-Prinzier-Lieutenant Albin Moser, ev., S. - Schlosser Hugo Sahn, kath., S. - Arbeiter Rudolf Lemke, evangelisch, Sohn. - Arbeiter Carl Baus, evang., S. - Arbeiter Johann Wiet, ev., S. - Bäcker Max Brozatus, ev., S. - Menpner Thomas Storet, kath., S. - Hausmeister Hermann Mücke, ev., S. - Barbier und Friseur Oswald Klahr, ev., S. - Hilfsbremser Paul Franz, ev., S. - Tischler Johann Kuchala, ev., S. - Schlosser Paul Kogmann, kath., S. - Schuhmacher August Brutsch, kath., S. - Müller Heinrich Drepte, kath., S. - Magistrats-Secretär Gustav Wendt, ev., S.

Todesfälle. I. Brauer August Händer, 49 J. - Witt. S. des Schlossers Hermann Hoffmann, 11 M. - Marie, S. des Handelsmanns Heinrich Martin aus Menden, 3 M. - Porzellanhändler Paul Eisner, 53 J. - Küster Wilhelm Hante, 30 J. - Locomotivführer Carl Kgmann, 46 J. - Frieda, S. des Arbeiters Carl Bunt, 8 M. - Handschuhmacherswitwe Theresia Becker, geb. Schmidt, 46 J. - Arbeiterfrau Rosalie Wiesner, geb. Scholz, 63 J. - III. Georg, S. des Oberlandesgerichts-Secretärs Albert Diesler, 2 J. - Kant-Registrator a. D. Hermann Wenkegraf, 62 J. - Fritz, S. des Klempners Maximilian Wiche, 2 J. - Praktischer Art. Dr. med. Felix Brever, 35 J. - Droschkenbesitzer Anna Feierabend, geb. Tischler, 58 J. - Emma, T. des Tischlers Hermann Klein, 3 M. - Rattendruckerwitwe Louise Beher, geb. Panke, 84 J.

Briefkasten. I. S. hier. § 47 des Str.-G.-B. lautet: Wenn mehrere eine strafbare Handlung gemeinschaftlich ausführen, so wird jeder als Thäter bestraft. § 180: Wer gewohnheitsmäßig oder aus Eigennutz durch seine Vermittelung oder Gewährung oder Verschaffung von Gelegenheit der Unzucht Vorschub leistet, wird wegen Kuppelei mit Gefängnis bestraft, auch kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, sowie auf Zulässigkeit von Polizeiaufsicht erkannt werden. II. S. Polen. Besten Dank. Wir sehen weiteren Einsendungen mit Freuden entgegen. Möchten es sich doch die Vertrauenspersonen aller Orten zur Pflicht machen, unsere Presse durch öftere Nachrichten über den Stand der Bewegung zu unterstützen. Der Nutzen wäre zweifellos ein großer. - Gruß.

Briefkasten der Expedition. Der „Neue Weltkalendar“ ist vergriffen und können Nachbestellungen nicht mehr berücksichtigt werden.

Breslau, 30. Januar. (Amtlicher Producten-Börse-Bericht.) Rüböl (per 100 Kilogr.) - geknd. - Tr. loco, in Qualitäten a) 5000 Kilogr. - per Januar 43,50 Br., per Mai 44,00 Br. - Spiritus per 100 Liter (a 100 pSt.) ohne Faß; excl. 50 und 70 M. Verbrauchsabgabe, gekündigt - Tr., abgelaufene Färbung: schein - per Januar, 50er 48,80 B., 70er 29,40 B. Breslau, 30. Januar. (Breslauer Mehlmarkt.) Weizen-Auszugsmehl per Brutto 100 kg. incl. Sack 22,- bis 22,50 M. - Weizen-Sammelmehl per Brutto 100 kg., incl. Sack 19,00 - 19,50 M. - Weizen-Meie per Netto 100 kg. in Käufers Säcken a) inländisches Fabrikat 7,20 - 7,60 M., b) ausländisches Fabrikat 6,80 - 7,20 M. - Roggenmehl fein per Brutto 100 kg. incl. Sack 17,00 - 17,50. - Futtermehl per Netto 100 Kilogramm in Käufers Säcken: a) inländisches Fabrikat 7,40 - 7,80 M., b) ausländisches Fabrikat 7,00 - 7,40 M.

Stadt-Theater. Donnerstag: „Der König hat's gesagt.“ Freitag: „Maria Stuart.“

Lobe-Theater. Donnerstag: „Sam. Benesch für Witt. Koblant.“ Freitag: „Die wilde Jagd.“

Victoria-Theater. Täglich: Specialitäten - Vorstellung. Anfang 8 Uhr.

Eppmann's weltberühmtes Panoptikum. Ohlauerstraße 64. Kaiser- und Fürsten-Gallerie, Gallerie der hinteren Gelehrten, Dichter u. j. w., Verbreder-Gallerie. Neu angekommen! Sensationell! Lebend zu sehen! Dobos János der Miniaturmaler aus Ungarn, 14 Jahre alt, 10 Jahre schwer, der nicht größer wie der eines neugeborenen Kindes. Eintritt 50 Pf. Vereinsбилет gültig. 3492. Neue Ausstellung in Frankfurt.

Kaffee! Kaffee! Hgl. frisch gebr., das Pfd. 140 160 Pfg. Getreide-Caffee, das Pfd. 12 Pfg. beßer weißer Farin, das Pfd. 21 Pfg. Rotes Schweinefett, das Pfd. 55 Pfg. Käse Corn, das Pfd. 15 Pfg. Beste Domestic Kern-Seife, d. Pfd. 20 Pfg. f. Jamballe-Korn, a. Star 100 Pfg. beßer Weizenmehl 00, das Pfd. 11 Pfg. feinstes Mehl, a. Star 15 Pfg. Otto Ogrowsky jr., 4/5 Beste Großhandlung 4/5.

Polster-Werg, Jul. Moritz, 44, Kayserstraße-St. 44.

Feinsten arom. Röst-Kaffee, hergestellt unter Anwendung des von Herrn Dr. C. Hirsch in Berlin empfohlenen Hinz & Küster'schen Röstverfahrens, offerire ich hierdurch angelegentlich. - Mein Kaffee ist frei von jenem ranhigen, bitteren Geschmack, welcher der Gesundheit nachtheilig, bei der alten Röstmethode aber fast un vermeidlich ist. - Preise pro Pfund: 1.40, 1.50, 1.60, 1.70, 1.80 und 2.00 M. Kaffeehandlung Hugo Oscar Neumann, Einziges Special-Geschäft der Kaffee-Branch in Breslau, Ohlauerstraße 66.

Gesangs-Abtheilung des sozialdemokrat. Vereins für Breslau und Umgegend. Jeden Freitag von 8-11 Uhr: Übungsstunde im Vereins-Saal (Kornmarkt Nr. 8). Wichtiges Ergehen für alle Mitglieder ist Pflicht. Beiträge zum Verein werden entgegen genommen. Der Obmann.

Paul Quitt, Schuhmachermstr. Friedrich-Wilhelmstraße Nr. 1. Schuhwaaren für Herren, Damen und Kinder. Herren-Gamaschen 1. 750 M., Damen-Gamaschen 5 M., Kleider-Sam. 7. 2 M., Kinderschuhe, gefärbt 1. 50 Pfg. 22.

Die Vorkosthandlung von Karl Anders, Röllnerstr., Rawitsch, Berlinerstrasse, empfiehlt zu billigen Preisen bräun Weizenmehl 0.0. und alle anderen Mehlsorten: Jamballisches Gebräu, Semmel, Butter, Eier, Käse, echte Kern-Seife, sowie Jamballisches Mehl zu Backen. 3473 Rawitsch.

Musik-Instrumente. Neue Heringe Ring 46, im Hofe. 3417

Cigarren! Brot! groß und schmackhaft, C. Koppatz, Paul Zerowka, 65, Herz-Str. 65.

Todes-Anzeige. Am 29. d. Mts. entriss uns der Tod unser innig geliebtes Söhnchen Fritz im Alter von 2 1/2 Jahren. Dies zeigt tiefbetrubt an Die trauernden Eltern Max Wiche, nebst Frau u. Kind. Beerdigung: Freitag, Vormittag 10 Uhr. Trauerhaus: Wäldchen 23. 3494

Sozialdemokratischer Verein für Breslau und Umgegend. Die ordentliche General-Versammlung findet Sonntag, den 3. Februar 1895, Nachmittags 4 Uhr im kleinen Saale zum „deutschen Kronprinzen“, Kurzeq. 50.52 statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Zahn über: „Das kommunistische Manifest“. 2. Discussion. 3. Quartalsabrechnung für das 4. Quartal 1894. 4. Erziehung des I. Vorsitzenden, sowie Neuwahl von 3 Revisoren. 5. Interpellation und Fragekasten. Zum Eintritt legitimirt das Mitgliedsbuch, was man gefälligst beachten wolle. NB. Nach Schluß der Versammlung gesellschaftliches Beisammensein, verbunden mit Tanz-Kränzchen. Der Vorstand.

Achtung! Metallarbeiter! Sonntag, den 3. Februar, Vormittags 11-2 Uhr: Große öffentliche Versammlung aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter (Schlosser, Klempner, Schmiede, Feugschmiede, Dreh-, Metallgießer, Formner, Gärtler etc.) im II. Saale des Etablissements „Deutscher Kronprinz“, Kurzeq. Tagesordnung: 1. Die Ursachen der Arbeitslosigkeit. Referent: Genosse Karl Titz. 2. Verschiedenes. Entree 10 Pfg. Die Arbeitslosen sind hiermit besonders eingeladen und vom Entree befreit. 3492

Tonhalle. Blauer Hirsch. Ohlauerstr. 7, Ecke Schuhbrücke. Täglich: Großes Frei-Concert.

Mit dem Kaffee unserer höchsten, lichten Pilsener Bieres haben wir begonnen. 2460. Wichtig empfehlen wir unsere aus feinstem Hopfen und Malz eingebrewten hellen und dunklen Lagerbiere. Brauerei Binsche & Co. Grönlische-Breslau.